



LEUCOREA  
Sitzung des öffentlichen Rechts an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

Institut für Hochschulforschung (HoF)  
an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

Reinhard Kreckel

## **Soziale Integration und nationale Identität**

Eine Wiederbegegnung nach  
drei Jahrzehnten

**125**

**HoF-ARBEITSBERICHTE**

Reinhard Kreckel: **Soziale Integration und nationale Identität. Eine Wiederbegegnung nach drei Jahrzehnten** (HoF-Arbeitsbericht 125), Institut für Hochschulforschung (HoF) an der Martin-Luther-Universität, Halle-Wittenberg 2024, 42 S. ISSN 1436-3550. ISBN 978-3-937573-94-6. Online unter [https://www.hof.uni-halle.de/web/dateien/pdf/ab\\_125\\_WEB.pdf](https://www.hof.uni-halle.de/web/dateien/pdf/ab_125_WEB.pdf)

Im April 1993, in der Anfangszeit der deutsch-deutschen Vereinigung, hat meine in Teil I nochmals abgedruckte Antrittsvorlesung an der Universität in Halle stattgefunden, über „Soziale Integration und nationale Identität“. Schon damals hatte ich eine innerdeutsche Ost-West-Spaltung und eine zunehmende Fremdenfeindlichkeit in ganz Deutschland erwartet. Heute, mit der Erfahrung von drei Jahrzehnten, ist ein guter Zeitpunkt, die damaligen Thesen zu überprüfen und zu fragen, was heute noch gilt und was revisions- oder ergänzungsbedürftig geworden ist. Besonders besorgt macht mich dabei der neue öffentliche Druck zur „political correctness“, der sich nicht nur in den traditionellen und den neuen Medien auswirkt, sondern auch die Sozialwissenschaften erreicht hat. Die in Teil II wiedergegebenen Überlegungen über innerdeutsche Spannungen und zunehmende Fremdenfeindlichkeit stehen in diesem Zusammenhang.

In April 1993, shortly after the German unification, I gave my inaugural lecture on ‚Social Integration and National Identity‘ at the University in Halle (reprinted below as part I). Then, I had foreseen a growing social cleavage between East- and West-Germany and an increase of xenophobic attitudes in Germany. Today, after three decades, it is a good moment to take stock and to consider where my original diagnosis was accurate and where it needs to be revised or supplemented. I am particularly concerned by the mounting public pressure imposing ‚political correctness‘ on both the conventional and the new media, as well as on the social sciences. The thoughts presented in part II on East-West-tensions inside Germany and on the general rise of xenophobia should be read in this context.



# Inhalt

<b>Teil 1:</b>	
<b>Soziale Integration und nationale Identität (1993)</b> .....	<b>7</b>
<b>Teil 2:</b>	
<b>Soziale Integration und nationale Identität heute (2024) – (Un)Zeitgemäße Betrachtungen über den sozialen Zusammenhalt und seine Kehrseiten</b> .....	<b>21</b>
<b>Literatur</b> .....	<b>39</b>
Im Vortrag erwähnte Literatur (Stand 1993) <b>39</b>   Ergänzende Literaturangaben zum zweiten Teil (2024) <b>40</b>	



Kürzlich bin ich wieder auf meinen unten erneut abgedruckten Vortrag über „Soziale Integration und nationale Identität“ gestoßen. Es handelt sich dabei um meine Antrittsvorlesung an der Martin-Luther-Universität in Halle vom April 1993. Ich habe diese Vorlesung in der Frühphase der deutschen Vereinigung gehalten – als ein Soziologe, der in der westlichen Welt intellektuell groß gewordenen war, der aber nun eine Professur an einer alten Universität im „Osten“ übernommen hatte.

Heute kommt mir das, was ich damals zu Papier gebracht habe, wieder sehr aktuell vor, wenn auch unter stark veränderten Vorzeichen. Um beides – die bleibende Aktualität und die veränderten Rahmenbedingungen – sichtbar zu machen, gebe ich zunächst unten (*Teil 1*) den damaligen Vortrag noch einmal unverändert wieder. Ich füge allerdings eine Reihe von *Fußnoten mit Erläuterungen aus heutiger Sicht* hinzu, die zum Teil den Charakter von kleinen Exkursen annehmen. Diese erst heute verfassten Fußnoten mache ich durch Kursivschrift als solche kenntlich. Um die Zeit- und Situationsgebundenheit des ursprünglichen Manuskripts zu dokumentieren, habe ich die damalige Rechtschreibung beibehalten, ebenso seinen eher allgemeinverständlich gehaltenen Sprachduktus.

Anschließend an diesen drei Jahrzehnte alten Vortrag präsentiere ich dann (*Teil 2*) eine Reihe von „(un)zeitgemäßen“ Betrachtungen, Analysen und Aperçus, die mir in der heutigen Zeit – im Frühjahr 2024 – besonders angebracht erscheinen. Denn der öffentliche Druck zur „political correctness“ nimmt gerade spürbar zu.

Auf den folgenden Seiten nun der in eine lesbare Form gebrachte Originaltext von 1993:



## Teil 1

### Soziale Integration und nationale Identität (1993)<sup>1</sup>

Magnifizienz! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Mit dieser Antrittsvorlesung möchte ich mich der Universitätsöffentlichkeit der Martin-Luther-Universität als neues Mitglied vorstellen. Ich will das tun, indem ich Ihnen an einem Beispiel vorführe, wie ich mit meinem Fachgebiet – nämlich: der „Soziologischen Theorie“ mit dem Schwerpunkt „Strukturanalyse moderner Gesellschaften“ – umgehe. Ich habe dafür das Thema „Soziale Integration und nationale Identität“ gewählt, also: ein Thema, das an *diesem* Ort, in *dieser* Zeit und vorgetragen von *dieser* Person mancherlei Emotionen wecken könnte.<sup>2</sup>

Mein Thema ist, mit anderen Worten, ein besonders ideologiefälliges Thema. Auch deshalb habe ich es gewählt – und zwar, um an ihm zeigen zu können, dass das cartesianische Ideal der „klaren und distinkten“ wissenschaftlichen Argumentation auch in diffizilen und emotional aufgeladenen Themenbereichen seine Verdienste haben kann.

#### I.

Ich beginne mit einigen einfachen Klärungen, zunächst zum *Begriff der „Identität“*, der ja mehrere ineinander verfließende Bedeutungen hat. Was kann mit „Identität“ gemeint sein? Ich unterscheide sechs Bedeutungsschichten, die mich schrittweise zur Klärung des Begriffes der „nationalen Identität“ führen sollen:

---

<sup>1</sup> Antrittsvorlesung an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, gehalten am 21. April 1993 in Halle (mit geringfügigen Korrekturen zuerst veröffentlicht in: *Berliner Journal für Soziologie*, Bd. 4/1994, S. 13–20).

<sup>2</sup> Ich sollte vielleicht erwähnen, dass ich mir nach Erhalt meines Rufes nach Halle Ausbildungen hatte, im Sommer 1992 dort zunächst ein Gastsemester zu absolvieren. Ich wollte vor Ort erproben, ob ich von meinen künftigen Studierenden, Kolleginnen und Kollegen, insbesondere in dem kürzlich „abgewickelten“ und wieder neu gegründeten Institut für Soziologie, vor allem als Okkupant und Wendegewinnler angesehen würde oder ob ich als integrierender Hochschullehrer willkommen wäre und vernünftige Arbeit leisten könne. Ich habe mich daraufhin entschieden, den Ruf zum Wintersemester 1992/93 anzunehmen und voll nach Halle zu kommen, wo ich seither lebe.

(1) Sagt man etwa, eine Münzprägemaschine stelle „identische“ Geldstücke her, so ist klar, daß damit *merkmalsgleiche* Stücke gemeint sind.

(2) Versucht dagegen ein Polizist, die Identität eines ganz bestimmten Geldstückes festzustellen, so geht es dabei um die Konstanz ein und *derselben* Sache, unabhängig von Raum und Zeit.

(3) „Merkmalsgleichheit“ und „Dieselbigkeit“ sind also die beiden zunächst unproblematischen Grundbedeutungen des Identitätsbegriffes. Komplizierter wird die Sachlage erst, sobald von der Identität sich verändernder Objekte die Rede ist. So pflegt man z.B. ein größeres fließendes Gewässer als einen Fluß bestimmten Namens zu identifizieren, obwohl man doch weiß, daß man nicht zweimal in ein und denselben Fluß steigen kann. In genau diesem Sinne kann dann auch die „Identität“ eines bestimmten Menschen festgestellt werden, etwa bei polizeilichen Ermittlungen. Grundlage der Identifizierung ist hier eine *physische Konstanz- oder Konsistenzannahme*, die von der Tatsache der andauernden biologischen Zustandsveränderung der betreffenden Person absieht. Wenn immer der Identitätsbegriff auf menschliche Subjekte angewandt wird, ist eine derartige Konstanzannahme unabdingbar: Obwohl Menschen altern und sich ständig verändern, werden sie als ein und dieselben Individuen identifiziert.

(4) Es wird also deutlich, dass bereits der scheinbar so selbstverständliche Akt der individuellen Identitätsbestimmung veränderlicher Objekte und lebender Organismen höchst voraussetzungsreich ist. In noch weit stärkerem Ausmaß gilt das für den in vielen Ausprägungen in der Psychologie geläufigen Begriff der *persönlichen Identität*: Wenn etwa in der Entwicklungspsychologie von Prozessen der „Identitätsbildung“ bei Heranwachsenden die Rede ist oder in der klinischen Psychologie von Störungen der „Ich-Identität“ bei psychisch Erkrankten, so haben wir es offensichtlich mit einem theoretisch sehr viel anspruchsvolleren Identitätsbegriff zu tun, der den Menschen nicht nur ein körperliches, sondern auch ein seelisches „Mit-Sich-Selbst-Gleichsein“ beimißt, eine „unmittelbare Wahrnehmung der eigenen Gleichheit und Kontinuität in der Zeit“ (Erikson 1989: 22).

(5) Dem Begriff der „persönlichen Identität“ werde ich im Folgenden keine weitere Aufmerksamkeit widmen, da es mir hier nicht um psychologische oder mikrosoziologische Fragestellungen geht. Eng verwandt mit ihm ist aber die Vorstellung von der *sozialen Identität* eines Individuums. Gemeint ist damit der Umstand, dass Menschen einander nicht nur als separate Individuen (mit unverwechselbarer persönlicher Identität) wahrnehmen, sondern auch als Angehörige sozial relevanter Merkmalsgruppen oder als Träger bestimmter sozialer Rollen: Man wird mit seiner Familie, mit seiner Stellung im Beruf, seinem Glauben, seinem Geschlecht, seiner Vereinszugehörigkeit oder auch mit seiner nationalen Herkunft identifiziert - und häufig identifiziert man sich auch selbst da-

mit: Man „ist“ ein Deutscher, ein Mann, ein Universitätsprofessor, ein Soziologe; man handelt als solcher und wird auch als solcher behandelt.<sup>3</sup> Inwieweit diese sozialen Identitäten nur rein äußerlich übernommen und gespielt werden, inwieweit sie auch verinnerlicht sind und damit Bestandteil der persönlichen Identität der Betroffenen werden, tut hier nichts zur Sache. Denn man kann davon ausgehen, dass die Menschen ihr Verhalten in der Regel weitgehend an ihrer eigenen sozialen Identität und an der ihrer Interaktionspartner orientieren.

(6) Um nun zu jener ganz speziellen Form von „sozialer Identität“ zu gelangen, um die es mir hier geht, also: zum Begriff der *nationalen Identität*, bedarf es noch dreier vorbereitender Bemerkungen:

(a) Die erste Bemerkung ist eher negativer Art. Mit ihr möchte ich betonen, daß es unzulässig ist, den individualpsychologischen Begriff der persönlichen Identität umstandslos auf soziale Gruppen oder gar Nationen zu übertragen. Gruppen oder Nationen sind keine Individuen. Sie können zwar als kollektive Akteure auftreten und sogar – als Rechtspersonen – mit natürlichen Individuen in Rechtsbeziehungen eintreten. Aber sie verfügen über *keine eigene „Kollektivpersönlichkeit“ oder „Gruppenseele“*. Wenn immer also einer Nation eine eigene „Identität“ beigemessen werden soll, haben wir es mit einem ideologisierenden Sprachgebrauch zu tun. Das heißt, es kann in einem bestimmten Fall zwar durchaus zutreffend sein, von der gemeinsamen nationalen Identität der Bewohner eines bestimmten Landstriches zu sprechen, wenn diese sich selbst z.B. als „Deutsche“ verstehen und auch von anderen als solche gesehen werden. Die Rede von der „Identität Deutschlands“ wäre hingegen eine unzulässige Verkürzung.

(b) Die zweite Zwischenbemerkung bezieht sich auf einen bestimmten Sonderfall von sozialer Identitätsbildung, den ich als *Wir-Gruppen-Bildung* bezeichnen möchte (vgl. Elwert 1989). Ich hatte zuvor gesagt, dass soziale Identitätszuschreibung ein weit verbreiteter Vorgang ist: Menschen klassifizieren andere und sich selbst im Hinblick auf ihre Zugehörigkeit zu sozial relevanten Merkmalsgruppen. Bestimmte Gruppen, denen man angehören kann, sind nun freilich von einer besonderen Art – es handelt sich um sog. „Wir-Gruppen“. Diese zeichnen sich dadurch aus, dass sie spezielle Loyalitäts- und Solidaritätsanforderungen an ihre Mitglieder stellen und Gruppenfremde da-

---

<sup>3</sup> Heute hätte ich dieser Aufzählung von typischen sozialen Identitäten wohl noch die Figur des oder der „Prominenten“ hinzugefügt. Gemeint sind damit bekanntlich nicht nur Personen, die aufgrund ihrer herausgehobenen Stellung oder besonderen Verdienste in Politik, Wirtschaft oder Wissenschaft „hervorragend“. Als prominent gelten auch solche Leute, die durch den Starrummel in der Werbung und den konventionellen Medien nach oben getragen werden oder die sich sogar durch gezielte Eigenaktivitäten in den sozialen Netzwerken selbst ins Rampenlicht befördert haben, z.B. als „Influencer“, deren wichtigstes Erfolgskriterium es ist, vieltausendfache anonyme „Likes“ und „Clicks“ generieren zu können – sofern dies nicht von Trollen, „Bots“ oder Artificial Intelligence für sie erledigt wird. Auch für wissenschaftliche „Polarisierungsunternehmer“, die durch extreme Zuspitzungen und Vereinseitigungen ihr Thema (und damit auch sich selbst) in den Vordergrund spielen, habe ich nur wenig übrig.

von ausschließen. Dabei kann es durchaus zu dem kommen, was in der Umgangssprache als die „Identifikation der Mitglieder mit der Gruppe“ bezeichnet wird. D.h., bestimmte Ziele und Symbole, die als der Gruppe zugehörig wahrgenommen werden, erlangen unter allen Gruppenmitgliedern normative Geltung und emotionale Zustimmung, bis hin zur völligen Aufgabe eigener Sonderinteressen. Die Gruppe wird dadurch für sie so „real“, daß sie bereit sind, ihr eine eigene, in der Regel: positiv besetzte, Identität beizumessen.

Der ursprüngliche Ort der Wir-Gruppenbildung sind die Primärgruppen, also vor allem: Familien- und Verwandtschaftsgruppen. Gruppenloyalität und emotionale Gruppenbindung sind hier selbstverständliche Normen. Aber auch in anderen Gruppenzusammenhängen, in denen direkte und häufige Interaktionen zwischen Gruppenmitgliedern die Regel sind, also etwa: in Sportgruppen oder Arbeitsteams, kann es zur Wir-Gruppenbildung kommen. Konkrete Interaktionserfahrungen, gemeinsame Ziele, geteilte Erlebnisse und reziproke Beziehungen bilden dabei die Grundlage. Derartige Kleingruppen haben - wenn man so will – ihre eigene „interaktive Realität“.<sup>4</sup>

Problematisch wird die Wir-Gruppen-Bildung zunehmend dann, wenn die Gruppen größer und unübersichtlicher werden und wenn ihre Mitglieder nur noch in anonymen Kontakten miteinander stehen: Das Zustandekommen starker emotionaler Bindungen und die Bereitschaft der Mitglieder zu verlässlicher Gruppensolidarität und -loyalität muß in diesem Falle als eher unwahrscheinlich erscheinen.<sup>5</sup>

Man erkennt bereits, in welche Richtung meine Argumentation zielt: Für anonyme Großgruppen – also etwa für soziale Klassen oder für Nationen – sind die strukturellen Voraussetzungen für eine Umwandlung in solidarische Wir-Gruppen nicht günstig. Treten sie aber dennoch als Wir-Gruppen auf, so ist Vorsicht am Platze. Die Vermutung liegt dann nahe, dass es sich dabei um *unechte Wir-Gruppen* handeln könnte, in denen die Idee der „nationalen Identität“ oder auch der „Klassensolidarität“ manipulativ eingesetzt wird.

(c) Freilich, um genauer bestimmen zu können, wie so etwas möglich sein kann, ist zunächst noch eine dritte Zwischenbemerkung am Platze: Bisher hatte ich die Entstehung von sozialer Identität noch ganz allgemein auf die Gruppenzugehörigkeit und die Rollenmerkmale der betroffenen Menschen zurückgeführt. Eine bestimmte Form sozialen Identifizierens muss nun aber noch schärfer hervorgehoben werden, nämlich: der Vorgang der *sozialen Eti-*

---

<sup>4</sup> Das mag auch noch für Fan-Gruppen gelten, die zu den Fußballspielen „ihres“ Clubs reisen und sich durch allerlei gemeinsame Rituale mit ihm identifizieren.

<sup>5</sup> Unzählige, häufig jüngere und weit verstreut lebende Menschen bewegen sich heute digital in sozialen Medien (wie Instagram, Facebook, YouTube, X/Twitter, TikTok). Selbst wenn sie dort viel Zeit verbringen und sich emotional stark engagieren, auch wenn sie zahlreiche „Followers“ oder „Friends“ haben sollten – es handelt sich hier nicht um genuine interaktive Wir-Gruppen, sondern um medial inszenierte „Communities“.

*kettierung*. Dabei werden Menschen von anderen auf stereotype Eigenschaften festgelegt, die in der Regel mit Wertungen verbunden sind und die vor allem die Wahrnehmung anderer als der stereotypisierten Eigenschaften ausschließen: Man wird so zum „Juden“, zum „Christen“ oder zum „Moslem“, zum „Ossi“, zum „Wessi“ oder zum „Asylanten“, zum „Vorbestraften“ oder zum „Heiligen“ gestempelt – und man identifiziert sich womöglich selbst mit dieser sozialen Identitätszuschreibung, hinter der die individuellen Besonderheiten zurücktreten.

Nach diesen drei Zwischenbemerkungen wird nun das ganze Ausmaß des Problems erkennbar, mit dem man es zu tun bekommt, wenn man sich einen „klaren und distinkten“ Begriff von nationaler Identität machen will: Wer von „nationaler Identität“ spricht, hat damit zugleich die Nation als potentielle Wir-Gruppe im Auge. Nationen zählen aber, wie gesagt, ganz sicher nicht zu den interaktionsverdichteten Primärgruppen, sondern zu den anonymen Großgruppen. Angesichts der komplexen Struktur moderner Staatsgesellschaften und der sozial und kulturell differenzierten Zusammensetzung ihrer Bevölkerung kann die Festlegung aller ihrer Mitglieder auf eine gemeinsame soziale Wir-Identität nur mit Hilfe einer stark stereotypisierenden Etikettierung gelingen, die von allen realen Unterschieden abstrahiert und allein die „nationale Zugehörigkeit“ als Identitätsmerkmal zulässt. Da eine derartige abstrakte Etikettierung aber schwerlich intensive Wir-Gefühle hervorbringen oder bestärken kann, ist die Neigung groß, die *Kehrseite des Etikettierungsmechanismus zu mobilisieren* – also: nicht nur das „Wir“ mit positiven Werten zu besetzen, sondern gleichzeitig alle die Menschen, die der Gruppe nicht angehören, als „die Anderen“ herabzusetzen und auszugrenzen

In der Tat, wie Norbert Elias (1990) gezeigt hat, scheint genau dies der Preis anonymer Wir-Gruppen-Bildungen zu sein – nämlich: die *soziale Zweiteilung zwischen Etablierten und Außenseitern*, die sich mit Hilfe positiver und negativer Etikettierungen vollzieht. Das heißt, wir haben es in einem solchen Falle nicht mit einer genuinen sozialen Wir-Gruppen-Bildung zu tun, sondern mit einer abstrakten Vergesellschaftung, einer „Pseudo-Wir-Gruppe“, die nicht auf sozialen Bindungen und kulturellen Gemeinsamkeiten der Mitglieder, sondern auf der *Abwertung und Ausschließung von Nicht-Mitgliedern* beruht.<sup>6</sup>

## II.

Ist es angesichts dieser Sachlage überhaupt noch wünschenswert, sich um eine weitere sozialwissenschaftliche Präzisierung des Begriffes der „nationalen Identität“ zu bemühen? Sollte man ihn nicht lieber gleich ganz den Ideologen überlassen? Denn die Gefahr ist groß, irgendwelchen stereotypen Etikettierungen

---

<sup>6</sup> *Angesichts der Kriege in der Ukraine, in Israel und Palästina ist nicht zu übersehen, dass im Deutschland des Jahres 2024 ein neuer nationaler Konformitätsdruck wirksam geworden ist, der an die Zeiten des Kalten Kriegs erinnert. Er neigt zur Verteufelung äußerer Feinde und innerer Dissidenten.*

aufzusitzen, die dem Zweck der Bildung von abstrakten Pseudo-Wir-Gruppen durch Ausgrenzung von Außenseitern dienen.

In der Tat, die Gefahr geistiger Verwirrung ist groß. Gerade deshalb will ich meinen Klärungsversuch nicht aufgeben. Das bedeutet nun, dass folgende doppelte Frage angegangen werden muss: Erstens, ist das soeben skizzierte Szenario, demzufolge Nationen bestenfalls den Status von xenophoben Pseudo-Wir-Gruppen erreichen können, tatsächlich zwingend? Und zweitens, ist nationale Wir-Gruppen-Bildung überhaupt erforderlich?

Um diese Doppelfrage genauer erörtern zu können, muss ich mich nun dem zweiten in meiner Themenstellung genannten Problem zuwenden, also: dem Begriff der „*sozialen Integration*“. Der Integrationsbegriff ist in der Soziologie in zweierlei Versionen geläufig:

(1) Bei der ersten Bedeutung geht es einfach um Prozesse der *sozialen Eingliederung von neuen Gesellschaftsmitgliedern*. In der Regel sind davon zum einen die Angehörigen der nachwachsenden Generation, zum anderen die von außen kommenden Zuwanderer betroffen. In beiden Fällen geht es also um *individuelle Integration*.<sup>7</sup>

(2) Davon zu unterscheiden ist die zweite Bedeutung des Integrationsbegriffes, das Konzept der *strukturellen Integration*. Dieser Begriff steht im Zusammenhang mit der strukturell-funktionalen Theorie der Gesellschaft bzw. ihrer Nachfolgerin, der Systemtheorie. Dort geht es um die Frage, ob und wie es in modernen, arbeitsteilig organisierten und strukturell differenzierten Gesellschaften gelingt, geordnete und aufeinander abgestimmte Formen von alltäglichem Handeln, von Kooperation und Konfliktaustragung zu institutionalisieren. Gesellschaftliche „Integration“ liegt nach dieser Betrachtungsweise dann vor, wenn die einzelnen Teile der Gesellschaft sich in einer *gesellschaftlichen Gesamtordnung* zusammenfügen; „Desintegration“ liegt dagegen dann vor, wenn die einzelnen Teile auseinanderstreben und die gesellschaftliche Ordnung zerbricht.

Wie Talcott Parsons, der Hauptvertreter der integrationstheoretischen Schule in der Soziologie, argumentiert hat, ist der wichtigste Garant der Aufrechterhaltung gesellschaftlicher Ordnung der *Wertkonsensus* unter den Gesellschaftsmit-

---

<sup>7</sup> Obwohl es nicht recht in den Argumentationsduktus meines damaligen Vortrags gepasst hätte, hätte ich aus heutiger Sicht an dieser Stelle auch das Problem der Integration von Minderheiten ansprechen sollen. Die DDR-Gesellschaft war bekanntlich im Vergleich zur BRD mit ihrer jahrzehntelangen „Gastarbeiter“-Tradition deutlich homogener zusammengesetzt. Die meisten DDR-Bewohner waren traditionelle „Deutsche“ mit christlicher, religiös indifferenter oder atheistischer Weltanschauung. Aber auch in der DDR lebten mehr oder weniger wohlgeleitene Minderheiten, z.B. Sorben, Bürger jüdischen Glaubens, ehemalige außereuropäische Vertragsarbeiter (vor allem aus Vietnam, Mosambik oder Kuba), die irgendwie in der DDR hängen geblieben waren, frühere Angehörige der Sowjetarmee (meist „Russen“ genannt), die dauerhaft in der DDR gelandet waren.

gliedern. Das heißt, ganz in der Tradition von Émile Durkheim wird gesellschaftliche Ordnung hier auf das Wirken einer für alle Betroffenen verbindlichen Moralordnung zurückgeführt.

Es ist leicht erkennbar, dass dieser konsensustheoretische Integrationsbegriff tautologieanfällig ist, da er gesellschaftliche Ordnung durch moralische Ordnung erklärt und beide Sachverhalte nur schwer unabhängig voneinander bestimmt werden können. Das soll mich hier aber nicht weiter beschäftigen. Denn interessanter ist eine kritische Weiterentwicklung des systemtheoretischen Integrationsbegriffes, die zuerst der Brite David Lockwood eingeführt hat und die inzwischen von Autoren wie Claus Offe und Jürgen Habermas weiter ausgearbeitet worden ist – die Unterscheidung zwischen „*Sozialintegration*“ und „*Systemintegration*“. Dahinter steht die Vorstellung, daß es in modernen Staatsgesellschaften nicht einen, sondern zwei ordnungstiftende Integrationsmodi gäbe:

(1) Der eine Modus ist die bereits seit Durkheim und Parsons geläufige Form der gesellschaftlichen Integration aufgrund von Wertkonsensus. Er wird in dieser Terminologie etwas missverständlich „*Sozialintegration*“ genannt. Um der Eindeutigkeit willen ziehe ich selbst es vor, hier eher an Durkheim anzuknüpfen und die Bezeichnung „*moralische Integration*“ zu verwenden. Aber welchen Terminus man auch wählt, entscheidend für diese Form der gesellschaftlichen Integration ist, daß sie auf die Zustimmung und explizite Kooperation der von ihr betroffenen Gesellschaftsmitglieder angewiesen ist: Moralische Integration ist, wie seit Durkheim immer wieder betont wird, solidarische Integration.

(2) Genau dieses moralisch begründete Band der Solidarität ist nun aber bei der zweiten Form moderner gesellschaftlicher Integration, der „*Systemintegration*“, nicht erforderlich. Die Systemintegration vollzieht sich vielmehr vor allem über die abstrakten Medien Geld und Macht. Das heißt, moderne westliche Gesellschaften sind Marktwirtschaften mit rechtsstaatlicher Ordnung. Durch die Institutionen des kapitalistischen Marktes sowie der bürokratisch-legalen Regierung und Verwaltung wird das Zusammenleben und die Arbeitsteilung der Menschen koordiniert und reguliert, ohne dass eine gemeinsame Wertorientierung und moralisch begründete Solidarität zwischen ihnen erforderlich ist. In diesem Sinne schreibt Jürgen Habermas (1992: 643):

„Neben der administrativen Macht, wie sie in den staatlichen Bürokratien verkörpert ist, ist das Geld zu einem anonymen, über die Köpfe der Beteiligten hinweg wirksamen Medium der gesellschaftlichen Integration geworden“.

Mit anderen Worten, die Marktordnung und die Rechtsordnung sind die beiden tragenden Säulen der abstrakten, moral-indifferenten Systemintegration in modernen westlichen Staatsgesellschaften.

Nicht unwichtig ist dabei selbstverständlich auch die Frage, *welchem* dieser beiden Modi der Systemintegration jeweils die Führungsfunktion zufällt – dem Geld oder dem Recht. Auf diese gerade im heutigen Deutschland sehr brisante Frage kann ich hier nicht weiter eingehen. Deutlich sollte aber doch sein, daß ich persönlich eine nachdrückliche Domestizierung der Marktkräfte durch eine

funktionierende und demokratisch verankerte Rechtsordnung für unbedingt wünschenswert halte.<sup>8</sup>

Mit dieser wertenden Stellungnahme überschreite ich aber bereits den Rahmen des theoretischen Klärungsversuches, den ich Ihnen hier vorstellen möchte. Ich komme also wieder zur Diskussion des Integrationsbegriffes zurück, der – wie soeben ausgeführt – in zwei Ausprägungen auftritt: Er pflegt in der Soziologie entweder auf Prozesse der gesellschaftlichen Eingliederung von (nachwachsenden oder zuwandernden) *Individuen* oder auf Mechanismen der (moralischen oder systemischen) Aufrechterhaltung von *gesamtgesellschaftlicher Ordnung* angewendet zu werden. Bei dieser zweiten Bedeutung, also: beim Problem der strukturellen Integration von Gesamtgesellschaften, knüpfe ich nun an.

Die Gesamtgesellschaften, um deren strukturelle Integration es hier geht, sind in der heutigen Zeit fast ausnahmslos als *Staatsgesellschaften* organisiert.<sup>9</sup> Die Staatsgesellschaften wiederum orientieren sich unübersehbar an dem ursprünglich in Westeuropa entstandenen *Modell des Nationalstaates*. Dieses spezifische historische Modell hat im Zuge der Ausbreitung der „abendländischen Weltbeherrschung“ (Wolfgang Schluchter 1980) den Siegeszug um den Erdball angetreten. Es wird heute überall auf der Welt mehr oder weniger naturgetreu imitiert und auf der Bühne der „Vereinten Nationen“ regelmäßig zur Aufführung gebracht.<sup>10</sup>

Wichtig am nationalstaatlichen Gesellschaftsmodell ist zum einen das frühneuzeitliche, auf ungeteilte Territorialherrschaft bezogene *staatliche Souveränitäts- und Gewaltmonopol*, zum anderen die demokratische Idee der *Volkssouveränität*, die im 20. Jahrhundert zum Prinzip der „Selbstbestimmung der Völker“ radikalisiert worden ist. Das heißt, wer sich auf ein demokratisches Gesellschaftsmodell einlässt, stößt zwangsläufig auf die Frage: „Wer ist das Volk, das die demokratischen Souveränitätsrechte ausübt?“. Die Eigentümlichkeit des westlichen Nationalstaatsmodelles ist es nun, dass es sich nicht damit begnügt, die Gesamtheit der jeweiligen Landesbewohner als „Staatsvolk“ zu identifizieren, sondern dass dieses Staatsvolk zugleich als nationale Schicksalsgemeinschaft mit besonderen Loyalitäts- und Solidaritätsansprüchen begriffen wird.

---

<sup>8</sup> Wie brisant diese Frage ist, kann man heute, dreißig Jahre später, angesichts des Urteils des Bundesverfassungsgerichts vom November 2023 zur sog. „Schuldenbremse“ gut verstehen. Deshalb wäre ich heute mit meiner eigenen wertenden Einschätzung wohl etwas zurückhaltender als im Jahr 1993.

<sup>9</sup> Die Europäische Union, die heute bestimmte staatliche Steuerungsaufgaben und Souveränitätsrechte an sich zieht, steckte damals noch in den Kinderschuhen. Das Maas-trichter Abkommen trat erst am 1. September 1993 in Kraft.

<sup>10</sup> Dabei gilt, dass bestehende Staatsgrenzen unantastbar sind, wie auch immer sie einmal zustande gekommen sein mögen, ob gewaltsam oder friedlich. Dieses „Westfälische Prinzip“ ist in der UN-Charta (Art. 2, Ziff. 4) festgelegt. Es fungiert vor allem als Schutzklausel für die kleineren Nationalstaaten vor der Willkür größerer Mächte.

So ergibt sich nun die Einsicht, dass die am westlichen Nationalstaatsmodell orientierte Gesellschaften sich nicht mit bloßer Systemintegration mittels kapitalistischer Marktwirtschaft und bürokratischer Verwaltung begnügen, sondern zugleich auch auf moralische Integration setzen, indem sie an die gemeinsame nationale Identität ihrer Bürger und das damit verbundene Wir-Gefühl appellieren.

Damit hat sich der Argumentationsbogen scheinbar geschlossen. Das Fazit scheint zu lauten: „Nationale Identitätsbildung ist eine notwendige Grundlage für die strukturelle Integration moderner demokratisch verfasster Großgesellschaften“. – Jedoch, dieses Ergebnis ist voreilig: Denn bereits ein Seitenblick auf die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland bis 1989 belehrt uns, dass wir es hier mit einer durchaus integrierten demokratischen Staatsgesellschaft zu tun hatten, die sich aber gerade *nicht* auf ein ausgeprägtes nationales Wir-Gefühl ihrer Bürger stützen konnte. Die nationale Selbstidentifikation und der patriotische Stolz der Bundesbürger war, wie alle vorliegenden empirischen Untersuchungen belegen (vgl. zusammenfassend Honolka 1987), vergleichsweise uneindeutig und schwach ausgeprägt. Das heißt, die alte BRD ist ein primär systemintegriertes Ganzes gewesen. Nach 1945 durch äußere Umstände entstanden, begann sie ihre Existenz als ein Provisorium, nicht als ein bewusster Akt der Nationenbildung. Wenn sich die Bundesbürger dennoch zunehmend mit ihrem Staat identifiziert haben, so nicht primär aus nationalen Gründen, sondern vor allem wegen der erfolgreichen Wirtschaftsordnung und des funktionierenden Rechts- und Verwaltungssystems sowie aufgrund ihrer Einbindung in ein bundesweites Bildungs- und Massenkommunikationssystem. Hinzu kam die weitgehende Akzeptanz der parlamentarisch-demokratischen Verfassungswirklichkeit und die damit verbundene Zurückweisung des östlichen Staatssozialismus.<sup>11</sup>

Die alte BRD ist, so möchte ich mit Dolf Sternberger, Jürgen Habermas und M. Rainer Lepsius zusammenfassen, eine *post-nationale* Gesellschaft gewesen, die vorwiegend systemisch – über Markt und Staat – integriert war und allenfalls einige hinzukommende Elemente „verfassungspatriotischer“ oder „staatsbürgerlicher“ Moralintegration aufwies.<sup>12</sup>

---

<sup>11</sup> Im Laufe dieser Erfolgsgeschichte neigte man in der alten BRD zunehmend dazu, die unsäglichen Verbrechen, die zwischen 1933 und 1945 im deutschen Namen verübt worden sind, für erledigt zu halten. Man hatte in den Nachkriegsjahren ein „Wirtschaftswunder“ erlebt und war im Laufe der Zeit als „Exportweltmeister“ zu einem führenden Mitglied der westlichen Staatengemeinschaft geworden. 1954, 1974 und 1990, kurz vor der deutschen Einigung, wurde man sogar Fußballweltmeister. Alles schien also zum Besten zu stehen und eine gewisse Überheblichkeit machte sich nach 1990 breit. Nach dem Ende des Kalten Krieges glaubte man gern den Thesen von Francis Fukuyama (1992) über des „Ende der Geschichte“ und den Beginn einer Ära des Ewigen Friedens unter liberal-demokratischem Vorzeichen – einer „Pax Americana“, deren düstere Seiten in den Irak-Kriegen der 1990er und 2000er Jahre allerdings deutlich sichtbar wurden.

<sup>12</sup> Ich hätte damals hinzufügen können, dass auch die DDR eine *post-nationale* Gesellschaft gewesen ist. Wie Lepsius (1989) gezeigt hat, hat man in der DDR die Schuld am Holocaust und den deutschen Kriegsverbrechen den Nazis zugerechnet. Die offizielle

Und wie steht es nun mit dem heutigen vereinten Deutschland? Seit dem 1. Juli bzw. 3. Oktober 1990 ist die gesamte Wirtschafts- und Rechtsordnung der alten Bundesrepublik mit nur wenigen Abstrichen und Übergangsregelungen auf die ehemalige DDR übertragen worden: *Zuerst kam die D-Mark, dann die freiheitlich-demokratische Grundordnung.*

Das heißt, die bis dahin in der DDR gültigen Mechanismen der strukturellen Integration sind mit einem Schlag beseitigt worden. An ihre Stelle ist die Integration in das bundesrepublikanische System getreten. Nach übereinstimmendem Urteil von in- und ausländischen Pressebeobachtern ist dabei von hochfliegenden nationaldeutschen Solidaritätsbekundungen nur wenig zu spüren gewesen: Die deutsche Einigung hat sich als eine relativ kühle Angelegenheit vollzogen, nicht als Sozial-, sondern primär als Systemintegration. Dabei scheint es bis heute geblieben zu sein.

Akzeptiert man diese Diagnose, so bedeutet sie, dass das neue vereinte Deutschland sich, ebenso wie die alte BRD, nur in sehr begrenztem Umfang auf eine genuin nationale Wir-Gruppen-Identität der Bürger stützen kann. Vieles dürfte deshalb vom Erfolg des Prozesses der Systemintegration abhängen. Sollte er dauerhaft misslingen, so ist mit einer Verstärkung von falschen Wir-Gruppen-Identifikationen zu rechnen, die sich von der stereotypen Diskriminierung fremder Bürger nähren.

Bestimmte Anzeichen, die für eine derartige Entwicklung sprechen, sind deutlich erkennbar, und zwar in Ost- und Westdeutschland. Es ist zu ausländerfeindlichen Ausschreitungen gekommen,<sup>13</sup> zum Aufleben extrem-nationalistischer Orientierungen und auch zu einer stark emotionalisierten öffentlichen Asyl-Debatte. Das alles hat nur sehr wenig mit einer genuinen Solidarisierung der Bürger des Landes zu tun; es geht dabei primär um die stereotype Aufwertung der eigenen nationalen Zugehörigkeit durch eine – ebenso stereotype – Anfeindung und Ausgrenzung Fremder. Immerhin lassen aber die öffentlichen Gegenreaktionen gegen diese Entwicklungen auch erkennen, dass nicht nur chauvinistische Pseudo-Wir-Gefühle am Werke sind.

Dennoch, so kann man nun folgern, die spezifisch deutsche Form einer post-nationalen Demokratie ist *in besonderem Maße* „schönwetterabhängig“. Weil sie sich hauptsächlich auf den abstrakten Modus der Systemintegration stützt, bedarf sie des wirtschaftlichen und politisch-administrativen Erfolges, um ihre Bürger zufriedenstellen zu können.

---

*Sprachregelung lautete, dass die DDR nun ein ganz anderes Land sei, das von antifaschistischen und sozialistischen Traditionen geprägt ist.*

<sup>13</sup> Das war eine Anspielung auf die schweren ausländerfeindlichen und rassistischen Übergriffe in Hoyerswerda im Herbst 1991 und in Rostock-Lichtenhagen im Sommer 1992, die damals jeder verstand.

### III.

Allerdings, diese Folgerung beruht auf einer schlichten Fortschreibung bundesrepublikanischer Erfahrungen. Die deutsche Einigung ist aber gerade *kein Routinefall*. Deswegen ist auch die routinemäßige Anwendung altbewährter sozialwissenschaftlicher Ansätze nicht ausreichend. Das läßt sich an einer zuvor bereits eingeführten begrifflichen Unterscheidung gut zeigen, nämlich: an der Unterscheidung zwischen der individuellen Integration von Personen und der strukturellen Integration ganzer Gesellschaften. Diese begriffliche Zweiteilung läßt sich nun nicht mehr durchhalten. Denn das Problem der Integration der gesellschaftlichen Struktur im heutigen Deutschland ist *zugleich* auch ein Problem der massenhaften Integration von Personen.

In der Tat haben wir es hier ja mit dem historisch einmaligen Fall zu tun, wo nicht nur Zuwanderer und Neugeborene in eine Gesellschaft integriert werden müssen, sondern wo auf einen Schlag 16 Millionen Ortsansässige im „Beitrittsgebiet“ zu Neubürgern geworden sind. In Deutschland ist dieses Problem so angegangen worden, als könne man es in der Tat wie einen ganz normalen Vorgang von Bevölkerungsvermehrung bei gleichbleibender Struktur behandeln: Die Bürger der ehemaligen DDR wurden nach ihrem kollektiven Beitritt in der Bundesrepublik Deutschland zu Neulingen, die sich erst noch zu bewähren haben, um ihren Ort in der Gesellschaft zu finden.<sup>14</sup> Aber sie sind weder Neugeborene noch Zuwanderer, die vor der Aufgabe der individuellen Integration in gegebene Verhältnisse stehen, wir haben es vielmehr hier mit einem Problem *kollektiver Integration* zu tun.

Die saubere begriffliche Unterscheidung zwischen individueller und struktureller Integration ist damit durchbrochen: Bei einem „kollektiven Integrationsprozess“ muss notwendigerweise immer beides gemeinsam gesehen werden – die Integration von Individuen *und* die dadurch hervorgerufene Veränderung von Strukturen.

Es handelt sich hier weitgehend um theoretisches Neuland, für das uns die historische Erfahrungsgrundlage fehlt – die Vereinigung Deutschlands ist wahrlich eine „*unerhörte Begebenheit*“ (Wolf Lepenies 1992). Immerhin wird aber das Ausmaß der Problemstellung erkennbar, die entstanden ist: Wenn mit einem Male ca. ein Fünftel der Bevölkerung Gesamtdeutschlands in die Lage von Neubürgern ohne angestammte Anrechte geraten ist, muss das zu einer riesigen Zahl von biographischen Umbrüchen führen. Sie können nicht einfach nur als individuelle Integrationsprobleme oder persönliche Anpassungsschwierigkeiten

---

<sup>14</sup> Das galt, wohlgemerkt, für alle ehemaligen Bürgerinnen und Bürger der DDR, also sowohl für die, die das alte SED-Regime aktiv mitgetragen hatten, wie auch für ausgewiesene Regimegegner und für Akteure der „Friedlichen Revolution“, vor allem aber für die große Mehrzahl von Menschen, die einfach als „normale DDR-Bürger“ ihr Leben gelebt hatten.

verbucht werden, die strikt von der Frage der strukturellen Integration zu trennen sind. Das wäre nicht nur Zynismus, es müsste auch zu theoretischer Blindheit führen.

Ich erinnere nur an die oft genannte Zahl, dass nahezu die Hälfte der ostdeutschen Bürger im erwerbsfähigen Alter sich zur Zeit nicht in einem regulären Arbeitsverhältnis befinden. Man muss wohl hinzufügen, dass vermutlich zwei Drittel, wenn nicht gar drei Viertel der Erwerbsbevölkerung der ehemaligen DDR seit der Wende mindestens einmal von Arbeitsplatzverlust und Dequalifizierung betroffen worden ist. Nur für eine sehr kleine Minderheit von ihnen haben sich Erfolgs- und Karrierechancen eröffnet. In der westdeutschen Mehrheitsgesellschaft waren derartige Effekte nicht zu beobachten; eher im Gegenteil.<sup>15</sup>

Man muss also sehen, dass hier die strukturellen Voraussetzungen für eine polarisierende Wahrnehmung der gesellschaftlichen Verhältnisse innerhalb Deutschlands angelegt sind. Sie läuft, um nochmals auf die Terminologie von Norbert Elias zurückzukommen, auf die Polarisierung zwischen „Außenseitern“ im Osten und „Etablierten“ im Westen Deutschlands hinaus.

Ich denke, ich habe deutlich genug zum Ausdruck gebracht, dass es sich dabei nicht um eine sozialwissenschaftliche Diagnose handelt, sondern um die Beschreibung einer stereotypen Etikettierung, deren strukturelle Voraussetzungen Gegenstand sozialwissenschaftlicher Forschung sein müssen. Denn die reale Möglichkeit ist ja nicht zu übersehen, dass sich innerhalb Deutschlands zwei Pseudo-Wir-Gruppen verfestigen, Osten gegen Westen, die sich über stereotype Etikettierungen wechselseitig ausgrenzen.

Die zweite, komplementäre Gefahr habe ich bereits zuvor angesprochen, die Möglichkeit der Einigung auf einen negativen gemeinsamen Nenner, also: auf die gemeinsame Diskriminierung und Ausgrenzung von Fremden. Somit geht kein Weg an der Einsicht vorbei, daß die bei der Vereinigung Deutschlands in erster Linie eingesetzten systemischen Integrationsmechanismen – nämlich: der Markt und das Recht – überfordert sind. Die strukturelle Integration ist gefährdet und chauvinistische Reaktionen könnten hoffähig werden.

Angesichts dieser Lage ist man nun vielleicht doch versucht, nach nationaler Solidarität zu rufen und für genuine Wir-Gefühle zu werben, um dem Prozess der Systemintegration eine stabile moralische Grundlage zu geben. Indessen, wenn Sie meiner Analyse bis zu diesem Punkte gefolgt sind, so wissen Sie, daß das wohlfeile Appelle sind. Die „knappe Ressource Solidarität“ (Jürgen Habermas 1990) kann nicht im Schnellverfahren durch Werbekampagnen und Aufrufe hergestellt werden, so wünschenswert das auch wäre. Denn auf diese Weise ließen

---

<sup>15</sup> *Viele westdeutsche Politiker, Unternehmer, Ministerialbeamte oder Wissenschaftler haben im Zuge der deutschen Vereinigung durch einen Wechsel von Westen nach Osten neue Entfaltungsmöglichkeiten für sich gefunden. Ich selbst gehöre auch zu ihnen. In umgekehrter Richtung waren die Erfolgchancen dagegen weitaus dünner gesät, aus bekannten Gründen.*

sich allenfalls abstrakte Pseudo-Identifikationen mit der deutschen Nation mobilisieren, die ohne stereotype Feindbilder nicht auskommen können.

Was immerhin möglich ist, ist das beharrliche Bemühen um die kontinuierliche Stärkung einer demokratischen politischen Kultur und um die Ausbildung von weltoffenen Bürgern im ganzen deutschen Staatsgebiet – als soziokulturelle „Einbettung“ (Polanyi) eines funktionierenden marktwirtschaftlichen und politisch-administrativen Systems und als Solidaritätspolster für Krisenzeiten.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!



## Teil 2

### Soziale Integration und nationale Identität heute (2024)

#### (Un)Zeitgemäße Betrachtungen über den sozialen Zusammenhalt und seine Kehrseiten

*Nichts Bessers weiß ich mir an Sonn- und Feiertagen  
Als ein Gespräch von Krieg und Kriegsgeschrei,  
Wenn hinten, weit, in der Türkei,  
Die Völker aufeinander schlagen.  
Man steht am Fenster, trinkt sein Gläschen aus  
Und sieht den Fluß hinab die bunten Schiffe gleiten;  
Dann kehrt man abends froh nach Haus.*

*Goethe, Faust I*

Drei Jahrzehnte nach meinem Vortrag in Halle, im Frühling des Jahres 2024, ist die innerdeutsche West-Ost-Spaltung und Etablierten-Außenseiter-Polarisierung, die ich damals schon einmal kommen sah, wieder zu einem öffentlichen Thema geworden. Allerdings geschieht das jetzt unter Voraussetzungen, die zu dieser Zeit noch niemand voraussehen konnte. Es lohnt sich deshalb zu überlegen, was von den Thesen meines alten Vortrags heute noch gilt und was revisionsbedürftig geworden ist.

#### (1)

So gibt es z.B. heute etwas, das es damals noch kaum gegeben hat – die „Polarisierungsunternehmer“. Das sind Politiker, Journalisten oder Wissenschaftler, denen es gelingt, ein einziges Thema („single issue“) herauszugreifen und so zuspitzen, dass dieses Thema alle anderen übertönt.<sup>1</sup> Das findet zurzeit auch im Hinblick auf das deutsche Ost-West-Verhältnis statt. Es handelt sich, wenn man

---

<sup>1</sup> Damit ist gerade nicht die durchaus notwendige „Kunst der Zuspitzung“ gemeint (Ettlich 2024), eine Pointierung mit Augenmaß, die Soziologen durchaus beherrschen sollten.

so will, um eine „absichtsvolle Übertreibung“, mit schwer kontrollierbaren Auswirkungen. Zum Auftakt möchte ich das an zwei kurzen Beispielen demonstrieren:

(1.) Anfang 2023 hat eine Streitschrift von *Dirk Oschmann*<sup>2</sup> für Furore gesorgt. Sie hat in wenigen Monaten 15 Auflagen (!) erlebt. Der vollständige Titel des dickleibigen Bandes lautet vielsagend: „Der Osten: eine westdeutsche Erfindung. Wie die Konstruktion des Ostens unsere Gesellschaft spaltet“. Oschmanns Kernthese ist, dass die 1990 im deutschen Einigungsvertrag implizierte Westdominanz in ganz Deutschland bis zum heutigen Tag andauere und dass dabei die „Ossis“ immer wieder zu Bürgern zweiter Klasse gestempelt, benachteiligt oder einfach ignoriert werden.

Das ist ja nicht ganz falsch – aber unter Fachleuten auch nicht wirklich unbekannt.<sup>3</sup> Oschmanns großer Öffentlichkeitserfolg beruht denn auch nicht so sehr auf der Originalität seiner Thesen, sondern auf der Art und Weise, *wie er sie präsentiert*: Er hat sich dafür entschieden, in seinem Buch „bewusst auf jede Art von Relativierung und Differenzierung“ zu verzichten und voll auf Konfrontation zu setzen (ebda., S. 20 u. 193ff.). Anders gesagt, Oschmann geht es darum, mit seinem konfrontativen, emotional vorgetragenen West-Ost-Panorama für Aufmerksamkeit zu sorgen und so das halbvergessene Thema der Anerkennung bzw. Nicht-Anerkennung der Lebensleistung von Ostdeutschen in Gesamtdeutschland wieder auf die politische Agenda zu setzen.<sup>4</sup>

(2.) Das mag ihm gelungen sein<sup>5</sup> – aber er hat dabei für eine Polarisierung gesorgt, die ihm nicht ganz recht sein dürfte, wie mein zweites Beispiel zeigt:

Es gibt den Fußballclub RB Leipzig, der seit einigen Jahren der erfolgreichste Bundesligaverein in Ostdeutschland ist. Dieser Club hat praktisch keine ostdeutschen Spieler, vor allem aber ist er ein unverhohlener Ableger des österreichischen Red Bull-Konzerns. Er steht deshalb immer wieder in der Kritik und wird

---

<sup>2</sup> Der gebürtige Thüringer Dirk Oschmann ist selbst kein Sozialwissenschaftler, sondern Professor für Neuere deutsche Literatur an der Universität Leipzig.

<sup>3</sup> Ich habe diese Problematik schon vor langer Zeit als „*strukturelle Majorisierung*“ des Ostens durch den Westen beschrieben (vgl. Kreckel 1992, 2004). Zur nüchternen Datenlage: „30 Jahre Friedliche Revolution und Deutsche Einheit“, Kommissionsbericht (Deutscher Bundestag 2020); Bundesanstalt für politische Bildung, „Datenreport 2021“ (BPB 2021).

<sup>4</sup> Das hat seinen Preis – z.B. den, dass die im Vergleich zu Westdeutschland etwa doppelt so hohe *Affinität der ostdeutschen Wählerschaft zur AfD weitgehend unbeachtet bleibt bzw. pauschal der vom Westen dominierten deutschen Vereinigung angelastet wird* – gewissermaßen als eine Art Kollateralschaden. Oschmann ignoriert dabei die sehr differenzierten Erkenntnisse über die sozialstrukturelle Verankerung der AfD-Wählerschaft in West- und Ostdeutschland, die von der sozialwissenschaftlichen Wahlforschung (zusammenfassend z.B. Decker 2022) und von den regelmäßigen „Sonntagsfragen“ der professionellen Wahlforschungsinstitute (Allensbach, Infratest, INSA, Forschungsgruppe Wahlen usw.) zur Verfügung gestellt werden.

<sup>5</sup> Claus Leggewie (2024) spricht in diesem Zusammenhang ironisch von der „*deutschen Abrechnungs-Belletristik*“.

als „unechter“ Ost-Verein angefeindet – im Osten wie im Westen. Kürzlich soll es aber bei einem Spiel der Leipziger Bundesliga-Fußballer in Köln zu Sprechchören gekommen sein, die über das bisher Übliche hinausgehen: „*Wir lassen Ostdeutschland*“ sei von Kölner Ultras intoniert worden. In der Überschrift des diesbezüglichen Berichts in der in Sachsen-Anhalt erscheinenden Mitteldeutschen Zeitung hieß es dann: „Hass gegen Ostdeutschland“ und die „gesamten neuen Bundesländer werden in Köln geschmäht.“ (Kroemer 2024)

Die meisten Menschen im westlichen Deutschland teilen derartige Ansichten gewiss nicht. Aber es wird öffentlich über sie berichtet und damit im Osten für eine Aufmerksamkeit gesorgt, die eher aufhetzt als aufklärt.

## (2)

Was das *Ost-West-Verhältnis im heutigen Deutschland* anbetrifft, so neige ich nicht zur Polarisierung und Dramatisierung. Als historisch denkender, eher zurückhaltender Soziologe der älteren Generation bevorzuge ich eine abwägende Herangehensweise. Mir geht es nicht um Aufmerksamkeitsoptimierung. Ich kann mich deshalb eher mit der Analyse des Soziologen Steffen Mau anfreunden.<sup>6</sup> Dieser schreibt in seinem Buch „Lütten Klein“ (2019) über die „ostdeutsche Transformationsgesellschaft“:

„Ich gehe davon aus, dass sich trotz aller Transformationserfolge, trotz Angleichung und trotz kultureller, normativer und mentaler Eingewöhnung die Unterschiede zwischen den beiden deutschen Teilgesellschaften *nicht einfach ausschleichen* (werden). Sowohl in sozialstruktureller wie auch in mentaler Hinsicht hat sich in Ostdeutschland eine Form der Sozialität herausgebildet, in der *neben langsam steigender Zufriedenheit auch Gefühle der Benachteiligung und der politischen Entfremdung wachsen*, die mehr sind als ein nicht enden wollendes Murren einiger Ewiggestriger.“ (Mau 2019, S. 14; Hervorhebungen: R.K.)

Kurz gesagt, es ist schon „etwas dran“ an der wieder aufflammenden Debatte über West-Ost-Ungleichheiten. In einer späteren Analyse geht Steffen Mau darauf genauer ein und identifiziert bestimmte tiefsitzende „ostdeutsche Frakturen“ (Mau 2021a).

In einer beeindruckenden, 2023 veröffentlichten neueren Studie ist Mau mit seinen Mitarbeitern<sup>7</sup> deshalb der Frage nachgegangen, *welche* der zahlreichen „Ungleichheitsarenen“ im heutigen Deutschland zu neuralgischen Punkten werden, die schließlich eine Spaltung innerhalb der Gesellschaft herbeiführen bzw. herbeiführen könnten. Dabei ist der Soziologe Mau sich stets völlig im Klaren

---

<sup>6</sup> Oschmann und Mau sind fast gleichaltrig (geb. 1967 und 1968) und sie sind beide in der DDR aufgewachsen, Oschmann in Gotha, Mau in Rostock. Ihre sehr erfolgreichen wissenschaftlichen Karrieren vollzogen sich im Nachwende-Deutschland und im westlichen Ausland.

<sup>7</sup> Mau u.a. (2023); siehe dazu auch bereits Mau (2019, S. 244ff.).

darüber, dass es neben dem innerdeutschen West-Ost-Gefälle *noch viele andere Ungleichheiten* gibt, die die Lebenschancen der Menschen in Deutschland begünstigen oder beeinträchtigen können – zumal dann, wenn sie kumulativ wirken. Der Gießener Politikwissenschaftler Claus Leggewie hat eine gründliche und durchaus wohlwollende Rezension der von Steffen Mau und seinen Mitarbeitern vorgelegten Studie geschrieben. Dabei bringt er die Quintessenz des Buches so überzeugend auf den Punkt, dass ich ihn gerne zitieren möchte:

„Die Befunde der Berliner Soziologen kann man so resümieren, dass die beschworene *Spaltung* in unversöhnliche Lager *nicht stattgefunden* hat und ‚*Polarisierung*‘ ein medial-journalistisch ‚*gehyptes*‘ Narrativ ist. (...)“

Die deutsche Gesellschaft löst sich in eine weite Konfliktlandschaft auf, in der es um materielle Anwartschaftsannahmen (gerechte Verteilung), Bleiberechte (Grenzöffnung und Solidarität), Abweichungstoleranz (Lebensstile) und Zukunftsschulden an die nicht zu Unrecht so titulierte ‚last generation‘ geht. Es geht dabei selten um Alles oder Nichts (...), sondern um graduelle Verstöße gegen eine unterstellte Normalität, Ängste vor Verlust des gewohnten Lebens, Empörung über vermeintliche Grenzverletzungen unter dem Dach eines Generalgefühls der Überforderung.“ (Leggewie 2024, passim, Hervorhebungen: R.K.).

Soweit diese Studie. Allerdings bleiben gerade dort die *innerdeutschen Ost-West-Disparitäten* explizit ausgeklammert (Mau u.a. 2023, S. 36).

Auch *generationsgebundene Ungleichheiten* werden in der Berliner Studie nicht als eigene „Ungleichheitsarena“ thematisiert. Das wäre sicherlich interessant gewesen, denn gerade auf diesem Feld könnte ein Schlüssel zum besseren Verständnis der z.Zt. wieder aufflammenden deutschen Ost-West Thematik liegen. Ich möchte deshalb selbst einige Überlegungen dazu anstellen.<sup>8</sup>

### (3)

Die sog. „Ossis“ unterscheiden sich bekanntlich in vielerlei Hinsichten von einander, so auch im Hinblick auf die Art und Dauer ihre Lebenserfahrungen in der DDR. Ich nenne einmal ganz pragmatisch *fünf unterschiedliche Altersgruppen (bzw. „Alterskohorten“) von Ostdeutschen*, bei denen sich schon auf den ersten Blick die Vermutung nahelegt, dass ihre jeweiligen Angehörigen ihre Situation im heutigen Deutschland von einer ähnlichen Warte aus betrachten – trotz aller Unterschiedlichkeit ihrer jeweiligen persönlichen Schicksale:

(1.) Die *Kriegs-Generation*, heute sehr alte Leute, die noch in der Nazi-Zeit aufgewachsen sind, den Krieg erlebt haben und bis zur Erreichung ihres Rentenalters immer DDR-Bürger gewesen sind.

---

<sup>8</sup> Nach Fertigstellung dieses Textes ist eine eigene Untersuchung von Mau, Lux und Heide (2024) publiziert worden, die genau dieser Frage nachgeht, die ich hier aber nicht mehr berücksichtigen kann.

(2.) Die *Nachkriegs-Generation* der heute etwa 70-80-Jährigen, die ihre ganze Ausbildungszeit und den größten Teil ihres aktiven Berufslebens in der DDR gelebt haben – als SED-Mitglieder, als Dissidenten oder als „normale“ Bürgerinnen und Bürger der DDR.

(3.) Die *Wende-Generation* der heute ca. 50-70-Jährigen, deren Angehörige in ihren Jugend- und jungen Erwachsenenjahren noch DDR-Bürger waren, die aber einen mehr oder weniger großen Teil ihres Lebens bereits im vereinten Deutschland verbracht haben. Sehr viele sind nach der Wende „abgewickelt“ worden, haben ihren Arbeitsplatz verloren oder sind beruflich gescheitert, andere waren erfolgreich, wie die hier erwähnten Dirk Oschmann und Steffen Mau.

(4.) Die *Nachwende-Generation*, junge Erwachsene, die um 1985 bis 1990 geboren sind (vgl. Faus / Storks (2019)). Sie können die DDR nur noch aus Büchern, aus den Medien oder vom Hörensagen kennen (bzw. vom beredten Schweigen der Älteren...). Zu dieser Generation der 30-40-Jährigen, die heute bereits mitten im Leben stehen, gehören z.B. Katja Hoyer, die Autorin des Erfolgsbuches „Diesseits der Mauer“ (2023), oder Valerie Schönian, Verfasserin eines mehrfach aufgelegten Buches über „Nachwendekinder“ (2020).

(5.) Die *Zeitenwende-Kinder und -Jugendlichen* von heute, für die es auch schon allerlei Kategorisierungen gibt, z.B. „Generation Z“ und „Generation Alpha“.<sup>9</sup>

Bereits bei Karl Mannheim, dem Gründervater der Soziologie der Generationen, kann man allerdings lernen, dass eine Grobgliederung wie diese, die die Menschen nach mehr oder weniger intuitiv gewählten Jahrgangsguppen gliedert, keine allzu große Aussagekraft hat.<sup>10</sup> Es handelt sich dabei, in Mannheims Worten, nämlich nur um bloße statistische „*Generationslagerungen*“, in denen Menschen mit unterschiedlichsten Schicksalen und gegensätzlichsten Interessen zusammengeworfen werden.

---

<sup>9</sup> Ich lasse bei dieser ad-hoc-Typologie bewusst alle diejenigen Personen außer Betracht, die schon seit langer Zeit im Osten Deutschlands leben, aber nie in der DDR gewohnt haben. Ich persönlich bin dafür ein lebendes Beispiel. Ich habe bereits deutlich länger in einem Neuen Bundesland gelebt und gearbeitet als viele der hier aufgewachsenen Menschen. Bei manchen von ihnen handelt es sich übrigens um die Kinder oder Enkel von längst heimisch gewordenen internationalen Immigranten. Selbst wenn sie reinstes Sächsisch oder Mecklenburgisch sprechen und die deutsche Staatsbürgerschaft besitzen, so fallen einige von ihnen wegen ihres südländisch anmutenden Äußeren oder ihrer Religion doch immer noch auf. Sie fallen stärker auf als ich selbst, mit meinem persönlichen Aussehen und meinem vom kurpfälzischen Tonfall geprägten Hochdeutsch, das mich zum „Wessi“ stempelt. Meine Frau, mit der ich bereits seit über 60 Jahren „unter einer Decke stecke“, ist übrigens laut Geburtsurkunde Ostdeutsche. Sie spricht aber mit unverkennbar oberbayerischem Akzent, weil sie dort aufgewachsen ist. Wer ist da nun heute der oder die richtige Ostdeutsche?

<sup>10</sup> Alle Zitate aus Mannheim (1964, S. 542–544).

Aus einer solchen abstrakten „Generationslagerung“ wird laut Karl Mannheim nur dann ein konkreter „Generationszusammenhang“, wenn die davon betroffenen Menschen an „derselben historisch-aktuellen Problematik orientiert“ sind. In unserem Fall wäre die deutsch-deutsche Vereinigung mit ihren drastischen Auswirkungen für Ostdeutsche eine derartige gemeinsame „historisch-aktuelle Problematik“.

Schließlich kann es für Karl Mannheim auch noch real gelebte „Generationseinheiten“ geben. Diese entstehen dann, wenn bestimmte Menschen, die sich in einem gemeinsamen Generationszusammenhang befinden, zu der Einschätzung kommen, dass sie alle dasselbe Schicksal teilen – z.B. als Ostdeutsche der Wende-Generation, die alle gravierende berufliche Nachteile erlebt haben, sei es wegen ihrer SED-Karriere, wegen der Schließung ihres Betriebes oder aus sonstigen Gründen, die sie der Wende zurechnen. Einfacher ausgedrückt: Sie zählen sich zu denen, die bei der deutschen Einigung im Vergleich zu den „Wessis“ schlechter weggekommen sind.<sup>11</sup>

In der Sprache meines oben abgedruckten Vortrages von 1993 ist genau das ein typisches Beispiel für das Entstehen einer *Wir-Gruppe* („Wir Wendeverlierer“).

Andererseits weist aber das Narrativ von der Schicksalsgemeinschaft der benachteiligten Ostdeutschen auch genau die Merkmale auf, die für *Pseudo-Wir-Gruppen* charakteristisch sind: Wenn die sozialen Bindungen und kulturellen Gemeinsamkeiten zwischen den unterschiedlichen Gruppen-Mitgliedern nicht ausreichend stark und wirklich belastbar sind, dann kann – als Kompensation dieses Mankos – die Bereitschaft zur Abwertung von Fremden oder sogar zu deren völligem Ausschluss steigen, um die eigene Zusammengehörigkeit zu untermauern.

Damit sind wir unversehens wieder bei der Polarisierung zwischen „Etablierten“ und „Außenseitern“ angelangt, dem klassischen Mechanismus der Externalisierung und Verdrängung von intern nicht zu bewältigenden Gruppenkonflikten – ein Mechanismus, dem wir bereits oben, in meinem Vortrag aus dem Jahr 1993 unter Bezugnahme auf Norbert Elias und John L. Scotson begegnet sind.<sup>12</sup> Davon später mehr.

---

<sup>11</sup> Der (im heute polnischen Breslau geborene und in Ostdeutschland aufgewachsene) damalige Bundestagspräsident Wolfgang Thierse hat diese Sichtweise im Jahr 2001 folgendermaßen auf den Punkt gebracht und damit für heftige Kontroversen gesorgt: „*Angesichts des erfolgreichen Westens erscheint der Osten als abgehängt. Ostdeutschland ist aus dieser Sicht kein Land des Übergangs mehr, sondern auf Dauer zweitrangig gestellt.*“ Thierse (2001, S. 8), genaues Zitat bei Friedrich (2002, S. 105).

<sup>12</sup> Norbert Elias (1897–1990), der Autor von „Über den Prozeß der Zivilisation“ (1939), einem Standardwerk der deutschen Soziologie, war bis 1933 in Frankfurt Assistent und enger Mitarbeiter von Karl Mannheim (1893–1947). Beide wurden von den Nazis entlassen. Es gelang ihnen aber, nach England zu entkommen, wo sie ihre akademische Karriere schließlich fortsetzen konnten. John Lloyd Scotson (1928–1980) war 1958–1960 Elias' Forschungsassistent an der Universität Leicester.

Zunächst aber zurück zu der Frage, ob der seit der deutschen Vereinigung existierende innerdeutsche Ost-West-Gegensatz zu einer echten, trennenden Spaltung zwischen Ost und West geführt hat bzw. führen kann. Ich halte das für eher unwahrscheinlich – schon deshalb, weil das ja in letzter Konsequenz auf eine *Sezession* Ostdeutschlands (im Sinne eines Brexit oder der Unabhängigkeitsbestrebungen Kataloniens von Spanien) abzielen müsste. Darüber denkt meines Wissens niemand ernsthaft nach. Als Alternative dazu bliebe die Möglichkeit, dass es zu einer Art „*Totalverweigerung*“ eines großen Teils der Ostdeutschen kommen könnte, die der fortdauernden Benachteiligungen und Abschätzigkeiten in der westdeutsch dominierten Bundesrepublik überdrüssig sind. Diese Leute können entweder dazu neigen, sich von jeglicher politischen Beteiligung zu verabschieden, frei nach dem Motto eines großen Sachsen („Macht euern Dreck alleene“). Oder sie driften in die rechtspopulistische Ecke ab, zu Pegida und zur AfD – mit unvorhersehbaren Folgewirkungen.<sup>13</sup>

Krisensymptome, Unmut und eigenwilliges Wahlverhalten gibt es zurzeit in Ostdeutschland genügend. Aber es gibt, gerade unter den Jüngeren, auch viele Menschen mit ostdeutschen Wurzeln, denen es nicht in erster Linie um das innerdeutsche West-Ost-Gefälle geht, sondern um eine *selbstbestimmte Aufarbeitung der Geschichte der DDR* mit allen ihren Widersprüchlichkeiten und Tabus. Die große öffentliche Resonanz der erwähnten Bücher von jüngeren Autorinnen wie Katja Hoyer oder Valerie Schönian, die beide der ostdeutschen Nachwende-Generation angehören, weist in eine solche Richtung: Ihnen geht es nicht um Verweigerung, sondern um Anerkennung und angemessene Teilhabe.

Auch eine Diskussionsbemerkung von Steffen Mau lässt in diesem Zusammenhang aufhorchen: Im Rahmen eines öffentlichen Streitgesprächs<sup>14</sup> hat Mau darauf hingewiesen, dass dem deutschen Osten so etwas fehle wie die 1968er Bewegung in der alten BRD.<sup>15</sup> In dieser Zeit begannen junge Westdeutsche, die politischen und moralischen Verstrickungen ihrer eigenen Eltern- und Großeltern-Generation genauer zu hinterfragen, um sich selbst davon zu „emanzipieren“, wie man damals sagte.

Das ist bekanntlich nur teilweise gelungen: Bei einigen 68ern ist stattdessen eine naive Marxismus-Gläubigkeit entstanden, als besondere Verirrung auch der mörderische Terrorismus der Baader-Meinhof-Gruppe.

Aber dennoch, vieles ist damals geglückt und wirkt bis heute weiter. Hoffen wir auf eine ähnliche Katharsis im Osten. Und: Hoffen wir auf den Pragmatismus

---

<sup>13</sup> Vgl. dazu die nachdenkliche Analyse, die Steffen Mau 2021 unter der Überschrift „Ostdeutsche Frakturen für immer?“ veröffentlicht hat (Mau 2021a).

<sup>14</sup> Bei einer Life-Diskussion in rbb-Kultur am 14.9.2023 ([https://www.rbb-online.de/rbbkultur/radio/programm/schema/sendungen/der\\_zweite\\_gedanke/archiv/20230914\\_1900.html](https://www.rbb-online.de/rbbkultur/radio/programm/schema/sendungen/der_zweite_gedanke/archiv/20230914_1900.html)).

<sup>15</sup> Ein wichtiger Unterschied ist sicherlich der, dass in der BRD-Nachkriegszeit noch viele einflussreiche Positionen von Alt-Nazis besetzt waren, während das bei den ehemaligen DDR-Kadern nach 1990 nur noch in seltenen Ausnahmefällen möglich war.

der nachkommenden Generationen, die ihr eigenes Leben leben und ihre eigenen Sorgen haben werden, zunehmend unbeschwert von den Wunden und Streitpunkten, die ihre Eltern und Großeltern umgetrieben haben. Es wird noch Zeit brauchen, bis das alles einmal vergessen und vergeben werden kann. Man kann nur hoffen, dass es eine einigermaßen friedliche Zeit sein wird.

#### (4)

Ich belasse es bei diesen wenigen Einschätzungen und persönlichen Ausblicken zum Thema deutsch-deutsches „Zusammenwachsen“ und wende ich mich meinem zweiten, womöglich noch komplexeren Thema zu – der Externalisierung von internen Integrationsdefiziten im heutigen Deutschland.

In meiner Antrittsvorlesung hatte ich zwischen zwei Modi der Integration von modernen Staatsgesellschaften unterschieden – Sozialintegration und Systemintegration. Ich hatte mich dabei hauptsächlich auf Jürgen Habermas bezogen und hervorgehoben, dass in der westdeutschen Nachkriegsgesellschaft eine auf geteilten nationalen Wertorientierungen beruhende Sozialintegration nur schwach ausgeprägt gewesen sei. Es habe stattdessen der Modus der Systemintegration dominiert, gestützt auf die beiden abstrakten Medien „Macht“ und „Geld“. Die deutsche Einigung habe sich deshalb für die meisten Bürgerinnen und Bürger Westdeutschlands nicht mit großem nationalem Pathos vollzogen, sondern als eine relativ kühle Angelegenheit.

In der Tat, in Deutschland als „verspäteter Nation“ (Helmuth Plessner) fällt es schwer, sich auf einen gemeinsamen identitätsstiftenden Mythos zu verständigen. In den beiden wichtigsten europäischen Referenzländern Deutschlands – Frankreich und Großbritannien – ist das hingegen durchaus anders:

In *Frankreich* konnte man sich an die „Grande Nation“ erinnern, die nach der Revolution von 1789 entstanden ist. Damals wurde die Vorstellung von der „Volkssouveränität“ geprägt, in der sich demokratische und kriegerisch-nationale Motive eng miteinander verbanden und auch die koloniale Expansion Frankreichs rechtfertigten. Man höre sich nur die recht blutrünstige französische Nationalhymne an: „Allons enfants de la Patrie, le jour de gloire est arrivé ...“. Sie wird bei jedem nationalen Sportereignis gesungen, mit Inbrunst und ohne Gewissensbisse, von Französischen und Franzosen aller Hautfarben und religiösen Bekenntnisse.

Der identitätsstiftende Mythos des britischen *Vereinigten Königreichs* beruht auf der Vorstellung, dass dort die konstitutionelle Monarchie und der moderne Parlamentarismus erfunden worden seien, als Eckpfeiler des British Empire. Dieser Mythos geht weit zurück, bis zur Magna Charta von 1215 und zur Glorious Revolution von 1689. Stolz singt man in Großbritannien: „Rule, Britannia! Britannia rule the waves. Britons never will be slaves“. Der heutige Premierminister Rishi Sunak, gläubiger Hindu und Angehöriger der britischen Oberschicht, singt fröhlich mit.

Beide, der französische und der britische Einheitsmythos, bleiben auch heute weiter wirksam – in einer Zeit, in der die früheren Kolonialreiche längst zerbrochen sind und niemand mehr die dort begangenen Verbrechen ableugnen kann.

Das ist in *Deutschland* völlig anders: Das Deutsche Reich ist überhaupt erst 1871 entstanden, aus der Konkursmasse des 1806 untergegangenen „Heiligen Römischen Reichs“, einem Vielvölker-Verbund mit einem gewählten Kaiser als Oberhaupt, dem ungefähr 300 souveräne Herrschaftsgebiete angehörten, vom riesigen Brandenburg bis zu den kleinsten Fürstentümern und Reichsstädten. Das Bismarck'sche Deutschland war das Ergebnis der drei gewonnenen Kriege gegen Dänemark (1864), Österreich (1866) und Frankreich (1870/71). Es war eine „Neugründung von oben“, ohne demokratische Bezüge, mit viel Hurra-Patriotismus. Schon nach wenigen Jahrzehnten ist dieses Deutschland komplett gescheitert, es hat zwei blutige Weltkriege verloren, Polen und die Sowjetunion überfallen und den Holocaust zu verantworten.

Das heutige Deutschland hat diese Vorgeschichte geerbt, ein nationaler Integrationsmythos lässt sich auf ihr nicht aufbauen. Insofern überrascht es nicht, dass es nach der Vereinigung keinerlei erfolgversprechende Versuche gegeben hat, die erste Strophe des Deutschlandliedes („Deutschland, Deutschland über alles...“) wieder zur Nationalhymne zu erheben.

Nach diesem kurzen Exkurs über identitätsstiftende nationale Narrative wieder zurück zu meiner Frage: Mit welchen Konsequenzen ist zu rechnen, wenn der soziale Kitt eines überzeugenden nationalen Mythos fehlt, der auch in schweren Zeiten noch belastbar ist? Ist der naheliegendste Reflex dann Fremdenfeindlichkeit im Inneren und Abschottung nach Außen, wie ich es in Anknüpfung an das Etablierte-Außenseiter-Paradigma von Norbert Elias und John L. Scotson in Deutschland erwartet hatte? In der Tat gibt es zurzeit in Deutschland deutliche Anzeichen für Fremdenfeindlichkeit und eine intensiviertere Abschottung gegen Zuwanderung von Außen. Jedoch, die Sachlage ist heute auch hier viel komplexer, als man es sich vor über drei Jahrzehnten hätte vorstellen können.

In meinem Vortrag von 1993 war es mir in erster Linie um die Auswirkungen der gerade erst vollzogenen Einigung Deutschlands gegangen. Ich wollte verstehen, welche Folgen sich aus der freiwilligen Vereinigung von zwei ungleichen Teilen ergeben könnten, die in einen einzigen, westlich geprägten Nationalstaat integriert werden sollten. Ich hatte, mit anderen Worten, eine *deutsch-deutsche Binnenperspektive* gewählt.<sup>16</sup> Das ist, aus mehreren Gründen, heute nicht mehr angemessen. Ich hatte damals – im Anschluss an Habermas – davon gespro-

---

<sup>16</sup> Schon damals waren mir die *Fallstricke des „methodologischen Nationalismus“* im Sinne von Giddens und Beck durchaus bekannt. Mir war bewusst, „daß es notwendig sei, die allzu enge und unkritische Bindung der herkömmlichen Theorie der sozialen Ungleichheit an die politisch vorgegebenen Grenzen existierender Staatsgesellschaften zu überwinden und soziale Ungleichheit im weltgesellschaftlichen Kontext zu sehen“ (Kreckel 1992, S. 10). Diese Einsicht hatte ich aber wegen der drängenden innerdeutschen Integrationsprobleme zunächst einmal hintangestellt.

chen, dass die deutsche Einigung als ein eher nüchterner Fall von Systemintegration anzusehen sei. Ich war dann der von ihm im Anschluss an Durkheim und Parsons gewählten theoretischen Linie gefolgt, die die Existenz einer mehr oder weniger stillschweigenden „nationalen“ Hintergrundmoral bzw. eines gemeinsamen Wertekonsensus als Grundlage für die Integration von staatlich verfassten Gesellschaften voraussetzt. Dieser Rahmen ist heute zu eng geworden, und zwar aus mehreren mit einander verzahnten Gründen.

### (5)

Der erste Grund ist einfach der, dass zur Ebene des deutschen Nationalstaats als wichtigstem Rahmen gesamtgesellschaftlicher Integration die *Europäische Union* als neue Integrationsebene hinzugekommen ist. Das alltägliche soziale Leben der Menschen und auch das politische Alltagsgeschäft findet im vereinten Deutschland zwar noch immer weitgehend im nationalen Kontext statt, also auf Bundes-, Landes- und Kommunalebene. Aber seit dem Inkrafttreten des Maastricht-Vertrags im Herbst 1993 sind bestimmte Souveränitätsrechte der Bundesrepublik Deutschland schrittweise an die Europäische Union übergegangen: Die EU hat ebenfalls ein gewähltes Parlament, eine eigene Verwaltung und verfügt über zunehmende Gesetzgebungs- und Kontrollrechte, die vormals in nationaler Hand gelegen haben.

Aus soziologischer Sicht könnte man ja versucht sein, das EU-Thema eher den Politologen oder den Juristen zu überlassen. Aber seit 1999 ist der *Schengen-Raum* voll in den Kompetenzbereich der EU gefallen. Er hat die Öffnung staatlicher Binnengrenzen innerhalb Europas mit sich gebracht, vor allem aber Kontrollbefugnisse über die EU-Außengrenzen. Hier, scheinbar weit weg von den deutschen Binnenproblemen, ist die sprichwörtliche „*Festung Europa*“ mit streng bewachten und bewehrten Außengrenzen entstanden. Dort fallen Entscheidungen darüber, ob politisch Verfolgte und Asylsuchende, Heimatvertriebene, Kriegsflüchtlinge oder Armutsmigranten im den Schengen-Raum Einlass finden oder – falls sie irgendwie über die Grenze gelangt sind – mit Internierung, Beschäftigungsverbot und Abschiebung zu rechnen haben.

Wie man zu diesen Vorgängen persönlich stehen mag, ob man sie als wünschenswert, als unumgänglich, als einen Irrweg oder sonstwie als problematisch und anstößig einschätzt, soviel ist deutlich: Wir treffen hier erneut auf die Elias'sche Etablierten-Außenseiter-Konstellation, aber jetzt nicht mehr auf einzelstaatlicher Ebene. Das heißt, wer sich als Soziologe sine ira et studio für innerdeutsche Integrations- und Ausschließungsprozesse interessiert, darf auch die Auswirkungen des europäischen Systems der Abschottung nach Außen nicht unbeachtet lassen – selbst dann nicht, wenn es seine Wirkung in abgelegenen Fernen entfaltet, z.B. „hinten, weit, in der Türkei“ ...

**(6)**

Wie sieht es unter diesen Umständen hinsichtlich der *Sozialintegration auf europäischer Ebene* aus? Man ist versucht, in den Stoßseufzer einzustimmen, den sich Jürgen Habermas (2008) von Hans-Magnus Enzensberger geborgt hat: „*Ach Europa!*“.

In der Tat macht sich Habermas keinerlei Illusionen. Er weiß, dass Europa in viele Einzelnationalismen und nationale Öffentlichkeiten zerstückelt ist und dass es keine europaweite Öffentlichkeit und keine starke EU-Staatlichkeit gibt. Und er ist sich völlig im Klaren darüber, dass die wirtschaftlich starke, aber politisch schwache Europäische Union mit ihren 27 (damals noch 28) souveränen Mitgliedsstaaten auf die militärische Rückendeckung durch die Schutzmacht USA angewiesen ist.

Schließlich spricht er auch von der „Festung Europa“ und betont, in einer seiner charakteristischen Wendungen: „Die Kinder und Kindeskinde der ehemaligen Immigranten sind längst ein Teil von uns. Und weil sie es doch nicht sind, stellen sie für die Zivilgesellschaft und nicht für den Innenminister eine Herausforderung dar.“ (Habermas 2008, S. 92) Er spricht damit ein Thema an, dem wir unten unter Punkt (12) bei Aladin El-Mafaalani noch einmal wiederbegegnen werden.

**(7)**

Damit aber zurück nach Deutschland: Wie nimmt sich aus deutscher Perspektive der Schengen-Raum und das auf ihn aufbauende europäische Grenzregime aus? Steffen Mau, ein Virtuose der wohldosierten Zuspitzung, hat in seinem Buch über die „Neuerfindung der Grenze im 21. Jahrhundert“ die herzlose, aber treffende Bezeichnung „*Sortiermaschinen*“ geprägt: Zunächst einmal räumt er mit der Illusion auf, dass die Globalisierung die internationalen Grenzen immer durchlässiger gemacht habe. Das habe immer nur für Reisende mit dem „richtigen“ Pass gegolten, insbesondere für globale Eliten – für die „untorturable class“ des Graham Greene, wie ich hinzufügen möchte. Dann führt Mau in nüchterner Sprache das mehrstufige, immer strenger werdende, teilweise hochtechnisierte Überwachungs- und Grenzsicherungssystem vor, das sich heute in mehreren Ringen um Deutschland, Europa und den wohlhabenderen Teil der Welt legt. Unerwünschte Mitbürger und Mitesser sollen so ferngehalten werden, nach dem Prinzip „das Boot ist voll“. Man denke nur an die „Bezahlkarte“ für Geflüchtete, die potenzielle Immigranten entmutigen soll.

Just während ich dies schreibe, trifft die Meldung ein, dass das EU-Parlament in Brüssel das „Gemeinsame Europäische Asylsystem“ (GEAS) endgültig beschlossen hat. Das GEAS-System soll eine Verschärfung und Vereinheitlichung des europäischen Asylrechts und eine Reduktion der illegalen Einwanderung bewirken, u.a. durch die Einrichtung von Aufnahmelagern mit haftähnlichen Bedingungen an den Außengrenzen und durch die Abschiebung in „sichere Herkunftsländer“.

und Drittstaaten“.<sup>17</sup> Wie soll man als Soziologe auf diese Entwicklungen reagieren?

**(8)**

Man kann sich einfach für unzuständig erklären, weil man Gesellschaft in erster Linie als Nationalgesellschaft verstehen möchte und sich vor allem für die Erforschung der Verhältnisse innerhalb der eigenen Grenzen interessiert. Damit handelt man sich allerdings den in der Soziologie seit Anthony Giddens und Ulrich Beck geläufigen Vorwurf des „*methodologischen Nationalismus*“ ein.

Das durch Bundesmittel (BMBF) geförderte „Forschungsinstitut Gesellschaftlicher Zusammenhalt“ (FGZ) geht genau diesen Weg, indem es sich auf den Zusammenhalt staatlich verfasster „westlicher Gegenwartsgesellschaften“ konzentriert.<sup>18</sup> Im maßgeblichen theoretischen Grundsatz-Text für das FGZ lautet die diesbezügliche Begriffsbestimmung so:

„Gesellschaftliche Sozialintegration (ist) dann gegeben, wenn sich eine hinreichende Anzahl der Gesellschaftsmitglieder ... in die gesellschaftliche Ordnung einfügen [*sic*] ...

Konflikt ist ... nicht automatisch eine Schwächung gesellschaftlicher Sozialintegration, sondern kann umgekehrt zu deren Stärkung beitragen ... Demokratie ist gewissermaßen ein konflikt-einhegender Konflikt: Solange alle Seiten sich auf sie einlassen, werden destruktive Konflikte verhindert.“ (Grunow u.a. 2022, S. 2ff.)

Damit gelingt dem Autorenkollektiv das Kunststück, den Idealtypus des westlichen Demokratie-Modells, dem man ja guten Herzens zustimmen kann, zum Maßstab für gelungene gesellschaftliche Sozialintegration überall auf der Welt zu erheben! Was außerhalb der staatlichen Grenzen Deutschlands geschieht (wenn also z.B. ein Krieg stattfindet, Lieferketten zusammenbrechen oder gefährliche Populisten wie Donald Trump und Autokraten wie Wladimir Putin das Sagen haben), ist folglich nur als bedauerliche externe Rahmenbedingung zu berücksichtigen, „als Nebensache“ (so Weiß 2017, S. 12), die den sozialen Zusammenhalt oder die Demokratie in unserem Land gefährden könnte.

---

<sup>17</sup> Siehe Süddeutsche Zeitung vom 9.4.2024 (<https://www.sueddeutsche.de/politik/eu-asylreform-euro-paparlament-1.6534955>).

<sup>18</sup> Das FGZ ist de facto kein „Institut“, sondern ein Verbund von unterschiedlichen akademischen Forschungseinrichtungen in zehn deutschen Bundesländern, die seit 2020 mit beträchtlichen staatlichen Forschungsmitteln unterstützt werden.

## (9)

Für eine solche Denkweise hat die Gegenseite, die sich der *weltgesellschaftlichen Perspektive* verpflichtet fühlt, nicht viel übrig. In besonders scharfer Ausprägung wird diese Position heute von keinem Geringeren vertreten als von *Stephan Lessenich*, dem ehemaligen Vorsitzenden der Deutschen Gesellschaft für Soziologie und jetzigen Direktor des Frankfurter Instituts für Sozialforschung: In einer sarkastischen Kritik am „Forschungsinstitut Gesellschaftlicher Zusammenhalt“ spricht Lessenich vom „Gespenst des Zusammenhalts“, vom „Diskreten Charme des Zusammenhalts“ und von Zusammenhalt als „Obskurem Objekt der Begierde“ – in Anspielung an den Bourgeoisie-kritischen Filmregisseur Luis Buñuel (Lessenich 2022).

Lessenich selbst sieht in seinem Buch „Neben uns die Sintflut. Wie wir auf Kosten anderer leben“ (2018) überall den machtbasierten Mechanismus der „*Externalisierung*“ am Werk. Lessenichs Buch ist voller überzeugender Beispiele: Toxischer Müll wird in arme Länder exportiert, mit Hungerlöhnen produzierte Billigwaren werden von dort importiert, die Menschen aus den globalen Armutsregionen werden durch strenge Vorkehrungen von den Wohlstandsländern ferngehalten<sup>19</sup>, die Regenwälder werden abgeholzt, die Weltmeere verschmutzt usw. – kurz: die reichen Länder dieser Welt leben auf Kosten der armen Länder und ihrer Menschen, das ist Lessenichs Botschaft.

Nun ist seit Marx, Lenin, Luxemburg oder Autoren der „Neuen Linken“ wie Amin, Bourdieu, Frank, Wallerstein, Streeck und Piketty die Existenz weltweiter asymmetrischer Ausbeutungs- und Abhängigkeitsbeziehungen ja gewiss kein Geheimnis mehr. Auch wenn man eher den „bürgerlichen“ Kapitalismusanalysen von Klassikern wie Weber, Sombart, Popper, Eisenstadt, Dahrendorf, Meyer oder Schluchter nahesteht, ist das nicht anders: Als Soziologe kann man die globalen Auswirkungen der westlich-kapitalistischen Wirtschaftsweise zwar mehr oder weniger gekonnt aus der eigenen Forschung heraushalten und alternative Schwerpunkte setzen, man kann auch Präzisierungen einfordern – aber schlichtweg *bestreiten kann man sie nicht*.

Das alles sieht Lessenich genauso: Gewinne werden eingeheimst, Unkosten und Schäden werden externalisiert, die „Verdammten dieser Erde“ (Fanon) bleiben draußen.<sup>20</sup> Dennoch schießt er ein wenig über das Ziel hinaus:

Zum einen besteht für ihn ein so deutlicher Kausalzusammenhang zwischen dem Reichtum der westlich-kapitalistischen Wohlstandsgesellschaften und der Armut der Anderen, dass er sich kaum für „*hausgemachte Gründe* mangelnder

---

<sup>19</sup> Lessenich stützt sich hier u.a. auch auf die Arbeiten von Steffen Mau.

<sup>20</sup> Ähnlich fulminant, kenntnisreich und vereinseitigend kompromisslos wie Stephan Lessenich argumentiert auch Nancy Fraser (2022).

Entwicklungsperspektiven“ in der armen Welt interessiert (Mau 2016, S. 5, Hervorhebung: R.K.). Über diese könnte man von den Forschungen der Entwicklungssoziologen, Kulturanthropologen oder Ethnologen mancherlei erfahren.

### (10)

Der andere Einwand ist für mich jetzt aber wichtiger: Für Stephan Lessenich ist das kolonialistisch-kapitalistische Vordringen vor allem eine *abendländische* Welteroberung gewesen, die sich in den letzten rund fünfhundert Jahren ereignet und den größten Teil des Erdballs erfasst hat.

Nun ist es aber nach dem Zusammenbruch des Sowjetimperiums nicht zu einem weltumspannenden Siegeszug des europäisch-atlantischen Kapitalismus gekommen, wie es Francis Fukuyama erwartet hatte. Vielmehr ist ein sehr erfolgreicher *partei-kommunistisch gesteuerter Kapitalismus in der Volksrepublik China* entstanden. Das weiß natürlich auch Lessenich, geht aber nicht genauer darauf ein.

Die meisten hiesigen Ökonomen haben den Aufstieg des kommunistischen China lange für ausgeschlossen gehalten – nach dem Motto, dass „nicht sein kann, was nicht sein darf“. Und dennoch: Das geflügelte Wort „Werdet reich!“ des Deng Xiaoping hat in dem von einer kommunistischen Einheitspartei streng kontrollierten chinesischen Riesenland in wenigen Jahren ein wahres Wirtschaftswunder bewirkt, und zwar ohne Rückgriff auf das westliche Demokratie-Modell.

Wenn man das einmal begriffen hat, erinnert man sich auch schnell daran, dass es den imperialen Weltmächten nie ganz gelungen ist, China vollständig in ihre Abhängigkeit zu bringen, trotz aller Opium-Kriege, „Ungleichen Verträge“ und Invasionen. Vielmehr hat sich China unter der autoritären Führung von Xi Jinping seit 2012 aufgemacht, um dem expansiven Kapitalismus westlicher Prägung vom Osten her Paroli zu bieten: China schickt sich an, wieder zum „Reich der Mitte“ und zur Führungsmacht der Länder der vormaligen „Dritten Welt“ zu werden, u.a. mit Hilfe seiner „Neuen Seidenstraße“. Aber bis jetzt spricht wenig dafür, dass dabei das Externalisierungsmuster des westlichen Kapitalismus zum Vorbild dient. Die chinesische Expansionspolitik neigt eher dazu, gesichtswahrende Klientelbeziehungen mit schwächeren Partnern aufzubauen und nach dem Prinzip „Zuckerbrot und Peitsche“ vorzugehen, wie das schon im chinesischen Kaiserreich üblich war.<sup>21</sup>

---

<sup>21</sup> Seit Alters her wurden die Außenbeziehungen zwischen dem chinesischen Kaiserreich und seinen Anrainerstaaten durch ein „*Tributsystem*“ reguliert: Außerhalb der Reichsgrenzen herrschende Fürsten schickten in regelmäßigen Abständen hochrangige Gesandtschaften in die kaiserliche Residenz. Sie hatten dem Kaiser in zeremonieller Form zu huldigen und ihm einen kostbaren Tribut zu entrichten. Dieser Tribut wurde durch kaiserliche Gegengaben und Handelsvorrechte aufgewogen, die oft sehr viel wertvoller waren als der ursprüngliche Tribut. Aus dem Blickwinkel des kaiserlichen Hofes galten die auswärtigen Fürsten dadurch als Untertanen des Kaisers. Diese selbst konnten sich aber als Repräsentanten selbständiger Fürstentümer verstehen, die eine

Man sollte diese Vorgänge nüchtern im Auge behalten. Womöglich bleibt der „Westen“ mit seinen Vorzügen und seinen Kehrseiten ja doch nicht für immer der Nabel der Welt. Selbst die Dinosaurier sind ja einst ausgestorben...

### (11)

Aber, wie dem auch sei, noch einmal zurück zum Externalisierungs-Mechanismus des westlichen Kapitalismus, den Lessenich in so lebhaften Farben beschreibt. Ihm ist selbstverständlich auch bewusst, dass dieser Mechanismus eine zentrale Widersprüchlichkeit in sich trägt: Denn erfolgreiche Marktwirtschaften neigen zwar dazu, unerwünschte Unkosten und Umweltschäden ins Ausland abzuwälzen und unwillkommene Immigranten durch das Mau'sche „Sortiermaschinen“-Prinzip fernzuhalten. Aber gleichzeitig gibt es auch einen großen *Arbeitskräftebedarf* für Routinetätigkeiten und für Hochqualifizierte *im Inland*, der nicht ohne weiteres befriedigt werden kann. Die Lobby-Gruppen, die diese Interessen bedienen, sind nicht einflusslos – zu ihnen gehören Vertreter der Arbeitgeber- und der Arbeitnehmerseite. Deswegen kann man wohl davon ausgehen, dass das System von Einwanderungskontrollen, das sich um Deutschland und Europa legt, niemals wirklich lückenlos sein wird. Ausnahmebestimmungen und Schlupflöcher wird es immer wieder geben.

Dazu eine kleine persönliche Erfahrung am Rande: Begibt man sich in das Klinikum meiner eigenen Heimatuniversität in Halle, einem Krankenhaus der Spitzenversorgung, und sieht sich dort die Personallisten an, so findet man in einigen Kliniken ein erstaunliches Bild: Beim ärztlichen Personal, auch in Leitungspositionen, sind sehr viele ausländisch klingende Namen aufgeführt. Zum einen verweisen sie nach Süd- und Osteuropa. Hier scheint also ein Schengen-interner, *innereuropäischer Brain-Drain* im Gange zu sein. Viele Ärztenamen klingen aber auch arabisch, türkisch oder iranisch und lassen damit eine *EU-Grenzen überschreitende Migrationsgeschichte* vermuten. Die beigefügten Fotos bestätigen das, und bei persönlichen Begegnungen war ein völlig akzentfreies Hochdeutsch durchaus nicht die Regel. Bemerkenswert war für den zufälligen Beobachter außerdem auch der große Anteil von Ärztinnen in gehobenen Positionen und das entspannt wirkende Arbeitsklima.

---

auf Gegenseitigkeit beruhende und für sie vorteilhafte vertragliche Bindung mit dem Kaiserreich eingegangen waren. Vgl. dazu Osterhammel 1989, S. 94ff.; Kang 2010, S. 54ff., Vogelsang 2021, S. 244 und passim; Kreckel 2022, Xinjiang und die Eurasische Seidenstraße (<https://www.researchgate.net/publication/359584474>).

## (12)

Der Mikrokosmos von Halle, einer ostdeutschen Großstadt mit geringem Migrationsanteil, weist auf ein viel grundlegendes Thema hin, auf das „*Integrationsparadox*“. Darauf möchte ich jetzt abschließend eingehen.

In meinem damaligen Vortrag konnte ich nur ganz abstrakt „die Integration von Individuen und die dadurch hervorgerufene Veränderung von Strukturen“ ansprechen.<sup>22</sup> Daraus ist etwas geworden, um dessen Analyse sich der deutsche Soziologe Aladin El-Mafaalani<sup>23</sup> besonders verdient gemacht hat: Während ich 1993 eher mit einem *Misslingen* von individueller und sozialer Integration als Folge der deutsch-deutschen Einigung gerechnet hatte, stellt El-Mafaalani nun die provozierende Frage, „Welche Folgen hat *gelungene Integration* für eine Gesellschaft?“ (El-Mafaalani 2020, S. 73)

Bevor ich darauf näher eingehe, hier einige Hinweise zum besseren Verständnis der Situation am Vorabend der deutsch-deutschen Vereinigung:

In der *DDR* hatte man (abgesehen von politisch-ideologischen Einflussnahmen und mancherlei materiellen Mängeln) ein ähnlich *gut ausgebautes Bildungs- und Wissenschaftssystem*, wie im Westen; bei der industrienahen Forschung und bei der Vorschulbildung war es sogar deutlich weiterentwickelt. Auf das bis heute andauernde *Grundübel des deutschen Bildungssystems*,<sup>24</sup> den „uralten Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und Bildungserfolg“, hat auch El-Mafaalani (2021a, S. 10) nachdrücklich hingewiesen. Hinsichtlich der *Gleichstellung der Geschlechter* war man in der *DDR* ebenfalls weiter: Bildungsungleichheiten zwischen den Geschlechtern gab es kaum, die „Zweiverdienerehe“ war eine Selbstverständlichkeit, und so etwas wie ein steuerliches „Ehegattensplitting“ hat es in der *DDR* nie gegeben. Auch in der Abtreibungsfrage war man weiter. Bei der *Integration von Immigranten* lag man allerdings im Osten zurück: Es gab nur wenige Zuwanderer, und diese waren nicht durchweg willkommen.

---

<sup>22</sup> Oben, S. 17.

<sup>23</sup> Aladin El-Mafaalani ist 1978 als Sohn aus Syrien eingewanderter Eltern im Ruhrgebiet geboren. Er ist ein ausgewiesener Soziologe, der heute als ordentlicher Professor an der Universität Osnabrück tätig ist. Von 2018 bis 2019 war er Abteilungsleiter im Ministerium für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen, das damals von einem FDP-Minister geführt wurde. El-Mafaalani ist also gewiß kein eingefleischter „Linker“, sondern ein kreativer und kritischer Geist (Angaben nach dem Wikipedia-Eintrag, abgerufen am 10.4.2024).

<sup>24</sup> So – mit Blick auf die alte BRD – schon Georg Picht, *Die deutsche Bildungskatastrophe* (1964), und Ralf Dahrendorf, *Bildung ist Bürgerecht* (1965), sowie allgemeiner: Pierre Bourdieu/Jean-Claude Passeron, *Les héritiers* (1964). In der *DDR* hat es zahlreiche Anstrengungen gegeben, durch eine quotierte Studienplatzvergabe Kinder aus Arbeiter- und Bauernfamilien gegenüber Kindern der „Intelligenz“ zu bevorzugen – mit begrenztem Erfolg. Außerdem hat man in der *DDR* seit den 70er Jahren begonnen, den Facharbeiternachwuchs stärker zu fördern und die Expansion der Hochschulen (mit ihrer innewohnenden Tendenz zur Reproduktion der Bildungseliten) gezielt einzudämmen. Auch das war nur begrenzt erfolgreich (vgl. Reisz/Stock 2007, Weber 2020).

Auch für die heute „LGBTQ!“ genannten *sexuellen und geschlechtsidentitären Minderheiten* gab es Unterschiede: Bei den rechtlichen Regelungen war die DDR bereits „moderner“, in lebensweltlichen Kontexten aber wahrscheinlich ebenso feindselig wie die alte BRD.

Auf allen diesen Ebenen, nicht nur bei der Ost-West-Integration, hat sich in den vergangenen Jahrzehnten in Deutschland viel getan, von dem El-Mafaalani heute ausgehen kann: Es hat eine allgemeine Bildungsexpansion gegeben, die Situation bei der Gleichstellung der Geschlechter hat sich verbessert, „die Kinder und Kindeskinde der ehemaligen Immigranten sind längst ein Teil von uns“, wie schon Jürgen Habermas (2008, S. 92) sagte, und auch die ‚sexuellen‘ Minderheiten müssen sich kaum noch verstecken, Behinderten- und Altenrechte haben Anerkennung gefunden. Man könnte vielleicht erwarten, dass das Alles zur allgemeinen Entspannung führt. Folgt man El-Mafaalani, so ist aber genau das Gegenteil der Fall: Er sagt, gelungene Integration führt zu *mehr Konflikten*, zumindest eine gewisse Zeit lang.

Spätestens seit dem bahnbrechenden Werk „Relative Deprivation and Social Justice“ von W. G. Runciman (1966), das El-Mafaalani auch zitiert, ist es ein geläufiger Erfahrungssatz der Soziologie, dass in der Regel nur die *wahrgenommenen* Ungerechtigkeiten zu Konflikten und Auflehnung führen. El-Mafaalani verbindet diese Einsicht nun mit der Erfahrung, dass man in früheren Zeiten als Armer und Ungebildeter, als Frau, Migrant, Anders-Farbiger, Anders-Gläubiger, Behinderter oder als LGBTQI-Person eher dazu neigte, sich angesichts fehlender Rechte mit dem eigenen Schicksal abzufinden und seine eigenen Interessen entweder gar nicht wahrzunehmen oder, wenn überhaupt, dann diskret zu vertreten. Das ist heute anders: *Alle haben heute sehr viel mehr verbrieftete Rechte, und viele haben auch die notwendigen Ressourcen, vor allem Geld, Bildung und Einfluss, um ihre Ansprüche offensiv vertreten zu können.*

Viele von ihnen nehmen mittlerweile an einem immer größer werdenden „Verhandlungstisch“ Platz, wie El-Mafaalani es ausdrückt. Andere sind immer noch „aussortiert“. Sie sitzen auf dem Boden und bekommen nichts ab. Oben am Tisch geht es um die Verteilung gesellschaftlicher Wohltaten und Vorteile, und das *Gerangel wird immer größer*. Zusehends geraten sogar die legendären „*alten weißen Männer*“ in die Schusslinie. Sie sind auf einmal gar nichts Besonderes mehr.<sup>25</sup> Man macht ihnen das Vorrecht streitig, alle wichtigen Dinge hinter verschlossenen Türen untereinander auszuhandeln: „*Alles muss öffentlich werden, Alles muss begründet werden.*“

Kurz, *gelungene Integration erhöht tatsächlich das Konfliktpotenzial*. Da möchte ich dem scharfsinnigen Soziologen und streitbaren Demokraten Aladin El-Mafaalani, dem Ungerechtigkeiten aller Art kein Geheimnis sind, gerne beipflichten. El-Mafaalanis Einschätzung gilt übrigens nicht nur für die veränderte Konfliktlage am nationalen „Verhandlungstisch“ in Deutschland, sondern auch am

---

<sup>25</sup> „Weißer Männer‘ werden als letzte ‚freilaufende‘ Gruppe in einer identitätspolitischen Kategorie eingefangen und verlieren ... ihren Universalitätsanspruch“ (El-Mafaalani 2023, S. 134).

„Global Table“, an dem sich Deutschland und die EU nicht mehr unbeschwert in ihrer gewohnten privilegierten Rolle bewegen können, weil dort immer mehr Andere selbstbewusst mitreden und mitentscheiden können.

Man wird sich unter diesen neuen Bedingungen darum bemühen müssen, nach Außen etwas bescheidener aufzutreten und im Inneren die eigene Demokratie als eine zeitgemäße Streitkultur neu zu erfinden, die mehr ist als nur eine wilde Keilerei von Selbstdarstellern mit Partikularinteressen. Man sollte sich beherzt dafür einsetzen, dass das auch gelingt.

## Literatur

### Im Vortrag erwähnte Literatur (Stand 1993)

- Durkheim, Émile, *De la division du travail social*, Paris: Alcan 1893.
- Elias, Norbert, *Studien über die Deutschen*, Frankfurt/M.: Suhrkamp 1989.
- Ders. / Scotson, John L., *Etablierte und Außenseiter*, Frankfurt/M.: Suhrkamp 1990 (zuerst englisch 1965).
- Elwert, Georg, Nationalismus und Ethnizität. Über die Bildung von Wir-Gruppen, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 41/1989, 440-464.
- Erikson, Erik H., *Identity and the Life Cycle*, New York/London: Norton 1980.
- Fukuyama, Francis, *The End of History and the Last Man*, New York: Free Press 1992.
- Habermas, Jürgen, *Theorie des kommunikativen Handelns*, 2 Bde., Frankfurt/M.: Suhrkamp 1981.
- Ders., *Geschichtsbewußtsein und posttraditionale Identität. Die Westorientierung der Bundesrepublik*, in: Ders., *Eine Art Schadensabwicklung*, Frankfurt/M.: Suhrkamp 1987, 159–179.
- Ders., *Nochmals: Zur Identität der Deutschen*, in: Ders., *Die nachholende Revolution*. Frankfurt/M.: Suhrkamp 1990, 205–224.
- Ders., *Faktizität und Geltung. Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaats*, Frankfurt/M.: Suhrkamp 1992.
- Honolka, Harro, *Schwarzrotgrün. Die Bundesrepublik auf der Suche nach ihrer Identität*, München: Beck 1987.
- Kreckel, Reinhard, *Politische Soziologie der sozialen Ungleichheit*, Frankfurt/M.: Campus 1992.
- Lepenes, Wolf, *Folgen einer unerhörten Begebenheit. Die Deutschen nach der Vereinigung*, Berlin: Siedler 1992.
- Lepsius, M. Rainer, *Das Erbe des Nationalsozialismus und die politische Kultur der Nachfolgestaaten des „Großdeutschen Reiches“*, in: M. Haller / H.-J. Hoffmann-Nowotny / W. Zapf (Hg.), *Kultur und Gesellschaft*, Frankfurt a.M./New York: Campus 1989, 247–264 (wieder abgedruckt in: Ders., *Demokratie in Deutschland*, Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 1993, 229–245).
- Ders., *Interessen, Ideen und Institutionen*, Opladen: Westdeutscher Verlag 1990.
- Lockwood, David, *Social Integration and System Integration*, in: G. Z. Zollschan / W. Hirsch (Hg.), *Explorations in Social Change*, London: Routledge 1964, 244–257.
- Offe, Claus, *Strukturprobleme des kapitalistischen Staates*, Frankfurt/M.: Suhrkamp 1972.
- Parsons, Talcott, *The Social System*, Glencoe/Ill.: Free Press 1952.
- Polanyi, Karl, *The Great Transformation. Politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen*, Frankfurt: Suhrkamp 1977 (zuerst englisch 1944).
- Schluchter, Wolfgang, *Rationalismus der Weltbeherrschung. Studien zu Max Weber*, Frankfurt/M.: Suhrkamp 1980.
- Sternberger, Dolf, *„Verfassungspatriotismus“*, in: Ders., *Schriften*, Bd. X, Frankfurt/M.: Suhrkamp 1990, 13–31.

### Ergänzende Literaturangaben zum zweiten Teil (2024)<sup>1</sup>

Best, Heinrich, Auf der Suche nach der ostdeutschen Identität, in: *Soziologische Revue* 46–1, 2023, 19–29.

Boatcă, Manuela, *Global Inequalities Beyond Occidentalism*, London: Routledge 2015.

Dies., Vom Standpunkt des Deutschtums: Eine postkoloniale Kritik an Webers Theorie von Rasse und Ethnizität', in: Amir-Moazami, Schirin (Hg.), *Der inspizierte Muslim: Zur Politisierung der Islamforschung in Europa*, Bielefeld: transcript Verlag 2018, 61–90.

Bundeszentrale für Politische Bildung (Hrsg.), *Datenreport 2021. Ein Sozialbericht für die Bundesrepublik Deutschland*, Bonn: BPB 2021.

Decker, Frank, *Wahlergebnisse und Wählerschaft der AfD* (<https://www.bpb.de/themen/parteien/parteien-in-deutschland/afd/273131/wahlergebnisse-und-waehlerschaft-der-afd/>, 2022).

Deutscher Bundestag (Hg.), *30 Jahre Friedliche Revolution und Deutsche Einheit. Abschlussbericht der Kommission*, Bundestagsdrucksache 19/26215, Berlin 2020.

Dietrich, Gerd, *Kulturgeschichte der DDR*, 3 Bände, Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 2018.

El-Mafaalani, Aladin, *Das Integrationsparadox: Warum gelungene Integration zu mehr Konflikten führt*, 2., erw. Neuauflage, Köln: Kiepenheuer & Witsch 2020.

Ders., *Mythos Bildung. Die ungerechte Gesellschaft, ihr Bildungssystem und seine Zukunft*, Köln: Kiepenheuer & Witsch 2021.

Ders., ‚Das Integrationsparadox: Wandlungsdynamiken, Konfliktlinien und Krisenerscheinungen in der superdiversen Klassengesellschaft‘, in: *Leviathan*, Sonderband 39 / 2022, 139–157.

Ders., *Wozu Rassismus? Von der Erfindung der Menschenrassen bis zum rassistischen Widerstand*, 4. Aufl., Köln: Kiepenheuer & Witsch 2023.

Ettrich, Frank, Die „Kunst der Zuspitzung“ und die Soziologie in der Krise, in: *Berliner Journal für Soziologie* 34 / 2024, 1–7.

Faus, Rainer / Storks, Simon, *Im vereinten Deutschland geboren – in den Einstellungen gespalten? OBS-Studie zur ersten Nachwendegeneration*, Frankfurt/M.: Otto-Brenner-Stiftung 2019 ([https://www.otto-brenner-stiftung.de/fileadmin/user\\_data/stiftung/02\\_Wissenschaftsportal/03\\_Publikationen/AH96\\_Nachwendegeneration.pdf](https://www.otto-brenner-stiftung.de/fileadmin/user_data/stiftung/02_Wissenschaftsportal/03_Publikationen/AH96_Nachwendegeneration.pdf)).

Fraser, Nancy, *Cannibal Capitalism: How our System is Devouring Democracy, Care, and the Planet – and What We Can Do About It*, London: Verso 2022.

Friedrich, Walter, *Rechtsextremismus im Osten. Ein Ergebnis der DDR-Sozialisation?*, Leipzig: Rosa-Luxemburg-Stiftung 2002.

Grunow, Daniela, u. a., *Gesellschaftliche Sozialintegration. Konzeptionelle Grundlagen und offene Fragen*. FGZ Working Paper Nr. 2, Juni 2022 ([chrome-extension://efaidnbmnnnibpcajpcglclefindmkaj/https://fgz-risc.de/fileadmin/publikationen/2022/fgz-wp\\_2\\_grunow-et-al\\_gesellschaftliche-sozialintegration.pdf](chrome-extension://efaidnbmnnnibpcajpcglclefindmkaj/https://fgz-risc.de/fileadmin/publikationen/2022/fgz-wp_2_grunow-et-al_gesellschaftliche-sozialintegration.pdf)).

Habermas, Jürgen, *Ein neuer Strukturwandel der Öffentlichkeit und die deliberative Strukturpolitik*, Frankfurt/M.: Suhrkamp 2022.

Häckermann, Andreas / Ettrich, Frank, ‚Soziologie in Zeiten der Polykrise‘, in: *Berliner Journal für Soziologie* 33 / 2023, 351-355.

---

<sup>1</sup> Als ein Angehöriger der sozialwissenschaftlichen Großvätergeneration, der sich für ein sehr breites Themenspektrum interessiert, verfolge ich die immer weiter ausufernde soziologische und zeithistorische Fachdiskussion nur noch sehr sporadisch. Die hier zusammengestellten Literaturhinweise erheben deshalb keinerlei Vollständigkeitsanspruch.

- Heitmeyer, Wilhelm, u. a, Rechte Bedrohungsallianzen. Signaturen der Bedrohung II, Berlin: Suhrkamp 2020.
- Hoyer, Katja, Diesseits der Mauer: Eine neue Geschichte der DDR 1949–1990, Hamburg: Hoffmann und Campe 2023.
- Kang, David C., East-Asia before the West. Five Centuries of Trade and Tribute, New York: Columbia U. P. 2010.
- Kaube, Jürgen / Kieserling, André, Die Gespaltene Gesellschaft, Berlin: Rowohlt 2022.
- Kowalczyk, Ilka-Sascha, u.a. (Hg.), (Ost)Deutschlands Weg, 2 Bde., Bonn: BPB 2021.
- Kreckel, Marga und Reinhard, Xinjiang und die Eurasische Seidenstraße. Ein historisch-politisches Sachbuch – in der Hoffnung auf bessere Zeiten, 2022 (<https://www.researchgate.net/publication/359584474>).
- Kreckel, Reinhard, Politische Soziologie der sozialen Ungleichheit, Frankfurt/M.: Campus, 1. Aufl. 1992; 3., erweiterte Auflage 2004.
- Ders., Geteilte Ungleichheit im vereinten Deutschland – 12 Jahre danach, in: Bayer, Michael / Petermann, Sören, Hrsg., Soziale Struktur und wissenschaftliche Praxis im Wandel: Festschrift für Heinz Sahner, Wiesbaden: VS-Verlag 2004, 21–55 ([https://www.researchgate.net/publication/302149142\\_Geteilte\\_Ungleichheit\\_im\\_vereinten\\_Deutschland\\_-\\_12\\_Jahre\\_danach](https://www.researchgate.net/publication/302149142_Geteilte_Ungleichheit_im_vereinten_Deutschland_-_12_Jahre_danach)).
- Kroemer, Ulrich, Hass gegen Ostdeutschland, in: Mitteldeutsche Zeitung, 14.3.2024, S. 14 (<https://epaper.mz.de/#/main/presenter/aa3f22e5-4209-4503-96a4-4cd748825c54>).
- Leggewie, Claus, Vom Generalgefühl der Überforderung: Rezension zu „Triggerpunkte: Konsens und Konflikt in der Gegenwartsgesellschaft“ von Steffen Mau, Thomas Lux und Linus Westheuser, in: Soziopolis, 9.1.2024.
- Lessenich, Stephan, Neben uns die Sintflut. Wie wir auf Kosten anderer leben, München: Piper 2018.
- Ders., Dieses obscure Objekt der Begierde. Oder: Wessen Halt ist der Zusammenhalt, in: Soziologische Revue 45(1), 2022, 24–36.
- Ders., Grenzen der Demokratie. Teilhabe als Verteilungsproblem. 4. Aufl., Stuttgart: Reclam 2023.
- Mannheim, Karl, Das Problem der Generationen, in: Ders., Wissenssoziologie. Auswahl aus dem Werk, Neuwied: Luchterhand 1964 (zuerst 1928), 509–565.
- Mau, Steffen, Rezension von Lessenich, Neben uns die Sintflut, in: Soziopolis, 2.10.2016, 1–6.
- Ders., Lütten Klein. Leben in der ostdeutschen Transformationsgesellschaft, Bonn: BPB 2019.
- Ders., Ostdeutsche Frakturen für immer?, in: Kowalczyk, Ilka-Sascha, u.a. (Hg.), (Ost)Deutschlands Weg, Bd. I, Bonn: BPB 2021 (a), 363–365.
- Ders., Sortiermaschinen. Die Neuerfindung der Grenze im 21. Jahrhundert, München: Beck 2021(b).
- Ders., Digitale Scorings als Statusmarker. Eine ungleichheitssoziologische Annäherung, in: Berliner Journal für Soziologie 33/2023, 255–287.
- Ders. / Lux, Thomas / Westheuser, Linus, Triggerpunkte: Konsens und Konflikt in der Gegenwartsgesellschaft, Frankfurt/M.: Suhrkamp 2023.
- Ders./ Lux, Thomas/ Heide, Julian, Ost- und Westdeutsche für immer? Zu Wahrnehmungen von Unterschieden und Konflikten zwischen Ost- und Westdeutschen, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 76, 2024, 1–23.
- Morina, Christina, Tausend Aufbrüche. Die Deutschen und ihre Demokratie seit den 1980er-Jahren, München: Siedler 2023.
- Oschmann, Dirk, Der Osten: eine westdeutsche Erfindung. Wie die Konstruktion des Ostens unsere Gesellschaft spaltet, Berlin: Ullstein 2023.

Osterhammel, Jürgen, China und die Weltgesellschaft. Vom 18. Jahrhundert bis in unsere Zeit. München: C. H. Beck 1989.

Rabe, Jens-Christian, Kippt diese Demokratie? Rassismus, Rechtspopulismus und Sehnsucht nach Extremen in allen Debatten: Die Soziologen Hartmut Rosa und Steffen Mau im Gespräch über eine aufgewühlte Republik, in: Süddeutsche Zeitung v. 26.1.2024.

Reckwitz, Andreas, Die Gesellschaft der Singularitäten. Zum Strukturwandel der Moderne, Berlin: Suhrkamp 2017.

Ders., Das Ende der Illusionen. Politik, Ökonomie und Kultur in der Spätmoderne, Berlin: Suhrkamp 2019.

Reisz, Robert D. / Stock, Manfred: Inklusion in Hochschulen. Beteiligung an der Hochschulbildung und gesellschaftliche Entwicklung in Europa und in den USA (1950-2000), Bonn: Lemmens 2007.

Salheiser, Axel u.a. (Hg.), Die Grenzen des Zusammenhalts. Wie Inklusion und Exklusion zusammenhängen, Frankfurt/M.-New York: Campus 2024.

Schönian, Valerie, Ostbewusstsein. Warum Nachwendekinder für den Osten streiten und was das für die deutsche Einheit bedeutet, München: Piper 2020.

Teichler, Nils u.a. (Hg.), Entkoppelte Lebenswelten? Soziale Beziehungen und gesellschaftlicher Zusammenhalt in Deutschland. Bremen: SOCIUM 2023.

Thierse, Wolfgang, Zukunft Ost. Perspektiven für Ostdeutschland in der Mitte Europas, Berlin: Rowohlt 2001.

Vogelsang, Kai, Geschichte Chinas, 7., durchges. Auflage, Stuttgart: Reclam 2021.

Weber, Petra, Getrennt und doch vereint. Deutsch-deutsche Geschichte 1945–1989/90, Berlin: Metropol 2020.

Weiß, Anja, Soziologie Globaler Ungleichheiten, Berlin: Suhrkamp 2017.

# Institut für Hochschulforschung Halle-Wittenberg (HoF)

Das Institut für Hochschulforschung (HoF) wurde 1996 gegründet. Es knüpfte an die Vorgängereinrichtung „Projektgruppe Hochschulforschung Berlin-Karlsruhorst“ an, die seit 1991 die ostdeutsche Hochschultransformation begleitet hatte. Als An-Institut ist HoF der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg assoziiert und an der Lehre in verschiedenen Studiengängen beteiligt. Direktor des Instituts ist Prof. Peer Pasternack.

## Programm

Das HoF-Tätigkeitsprofil wird durch fünf Aspekte bestimmt:

- HoF betreibt primär Forschung über Hochschulen und ist, damit verknüpft, in Teilbereichen der Wissenschaftsforschung, Zeitgeschichte, Bildungs- und Regionalforschung tätig. Hochschulforschung ist keine Disziplin, sondern ein Forschungsfeld. Dieses wird mit öffentlichen Mitteln unterhalten, weil ein Handlungsfeld – das Hochschulwesen – aktiv zu gestalten ist: Um die Rationalität der entsprechenden Entscheidungsprozesse zu steigern, wird handlungsrelevantes Wissen benötigt. In diesem Sinne ist HoF bewusst im Feld zwischen Forschung und Anwendung tätig. Dabei setzt die Anwendung Forschung voraus – nicht umgekehrt.

- Das Hochschulsystem bildet einerseits den Adapter zwischen Bildungs- und Wissenschaftssystem. Andererseits trägt es zur Kopplung von kultureller und ökonomischer Reproduktion der Gesellschaft bei. Mithin ist die Integration von vier Systemlogiken zu bewerkstelligen: gesellschaftlich unterstützte individuelle Selbstermächtigung (Bildung), wissensgeleitete Erzeugung von Deutungen, Erklärungen und daraus konstruierten Handlungsoptionen (Wissenschaft), sinngebundene Orientierung (Kultur) sowie ressourcen gebundene Bedürfnisbefriedigung (Ökonomie). Die Hochschulforschung muss dies systematisch abbilden.

- Daher ist Hochschulforschung ein fortwährendes interdisziplinäres Kopplungsmanöver. Sie empfängt ihre wesentlichen methodischen und theoretischen Anregungen aus der Soziologie, Politikwissenschaft und Pädagogik/Erziehungswissenschaft. Systematisch ist sie zwischen den z.T. inhaltlich überlappenden Forschungsfeldern Bildungs- und Wissenschaftsforschung angesiedelt. Schnittstellen weist sie insbesondere zur Verwaltungs-, Rechts- und Wirtschaftswissenschaft auf, daneben aber auch zu vergleichbar interdisziplinär angelegten Bereichen wie der Schul- sowie der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung.

- Die Interdisziplinarität der Hochschulforschung macht eigene Nachwuchsentwicklung nötig. HoF stellt sich dieser Aufgabe, indem es Promotionsprojekte unterstützt. Alle Promovierenden am Institut sind zugleich in die Bearbeitung von Forschungsprojekten einbezogen, um auf diese Weise einen sukzessiven Einstieg in Methoden, theoretische Ansätze und Themen des Forschungsfeldes zu erlangen.

- HoF ist das einzige Institut, welches in den ostdeutschen Bundesländern systematisch Forschung über Hochschulen betreibt. Daraus ergeben sich besondere Projekt- und Anwendungsbezüge. Sie werden unter dem Titel „Raumbezüge der Hochschulentwicklung im demografischen Wandel“ integriert.

Im Mittelpunkt der Arbeit stehen handlungsfeldnahe Analysen der aktuellen Hochschulentwicklung:

- Eine besondere Aufmerksamkeit gilt Untersuchungen zu Raumbezügen der Hochschulentwicklung („Hochschule in der Region“), Third Mission und Wissenschaftskommunikation.

- Intensiv bearbeitet HoF Fragen der Hochschulgovernance und Hochschulorganisation, des Wissenschaftsmanagements, der Qualitätsentwicklung an Hochschulen, akademischer Personalentwicklung incl. Gleichstellung, der Hochschulbildung, Studienreform und Nachwuchsförderung. Damit wird nahezu komplett das Spektrum der Hochschulentwicklung und -forschung abgedeckt.

- Ein Alleinstellungsmerkmal ist, dass HoF als einzige unter den deutschen Hochschulforschungseinrichtungen kontinuierlich auch (zeit-)historische Themen bearbeitet.

## Wissenschaftsinformation

HoF publiziert die Fachzeitschrift „die hochschule“ und gibt beim BWV Berliner Wissenschafts-Verlag die Reihe „Hochschul- und Wissenschaftsforschung Halle-Wittenberg“ heraus. Forschungsreports werden in den „HoF-Arbeitsberichten“ veröffentlicht. Dem Wissenstransfer in die praktische Hochschulentwicklung widmen sich die „HoF-Handreichungen“. Das Erstellen von thematischen Handbüchern und Überblicksdarstellungen ist eine langjährige Spezialität des Instituts.

HoF verfügt über einen Fachinformationservice mit Spezialbibliothek. Die öffentlich zugängliche Bibliothek verfügt über ca. 60.000 Bände und etwa 180 Zeitschriften. Als Besonderheit existiert eine umfangreiche Sammlung zum DDR-Hochschulwesen und zu den Hochschulsystemen der osteuropäischen Staaten. Alle Titel der Spezialbibliothek sind über Literaturdatenbanken recherchierbar.

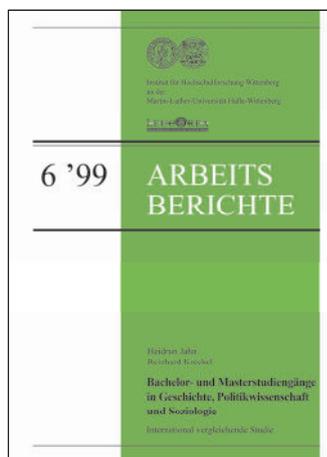
Der Fachinformationservice übernimmt nicht nur Rechercheleistungen für die Forschung des Instituts. Er speist auch überregionale Informationsangebote (FIS Bildung, Deutscher Bildungsserver, FID Erziehungswissenschaft und Bildungsforschung). Davon profitiert wiederum die Forschung am HoF.

Der Print-Newsletter „HoF-Berichterstatte“ informiert zweimal im Jahr und der HoF-eMail-Newsletter dreimal jährlich über die Arbeit des Instituts. Ein Großteil der Informationsangebote steht auf der Website des Instituts zum Download zur Verfügung (<http://www.hof.uni-halle.de>).

## Standort

Lutherstadt Wittenberg liegt im Osten Sachsen-Anhalts, zwischen Leipzig, Halle und Berlin. Die Ansiedlung des Instituts in Wittenberg stand im Kontext der Neubelebung des historischen Universitätsstandorts. 1502 war die Wittenberger Universität Leucorea gegründet worden und wurde nach mehr als 300 Jahren, 1817, durch die Vereinigung mit der Universität in Halle aufgegeben. In Anknüpfung an die historische Leucorea ist 1994 eine gleichnamige Stiftung errichtet worden, in deren Räumlichkeiten das Institut ansässig ist. Unter den Wittenberger Instituten ist HoF seit langem das drittmittelstärkste, größte und produktivste. Neben Forschung und Lehre nimmt es auch seine eigene Third Mission sehr ernst: Ausdruck dessen ist insbesondere, dass die lokale und regionale Bildungsgeschichte bearbeitet wird, z.B. mit der Website zur historischen Universität Wittenberg ([www.uni-wittenberg.de](http://www.uni-wittenberg.de)).

## Die HoF-Publikationen von Reinhard Kreckel



Heidrun Jahn / Reinhard Kreckel: **Bachelor- und Masterstudiengänge in Geschichte, Politikwissenschaft und Soziologie. International vergleichende Studie**, Institut für Hochschulforschung, Wittenberg 1999, 72 S.

Die vergleichende Untersuchung von Bachelor- und Masterstudiengängen an ausgewählten britischen und US-amerikanischen Hochschulen wurde im Auftrag des DAAD durchgeführt. Analysiert werden die Studiengangsentwicklung, Zusammenhänge zwischen dem Ausbildungsprofil der jeweiligen Hochschule, den Studienstrukturen und von Studierenden zu erwerbenden Qualifikationen sowie dem Übergang von Absolventen in Berufsfelder. Ergänzend werden bedeutsame Rahmenbedingungen der Studiengänge behandelt: Zugang, Studiengebühren, Betreuung. Abgeleitet werden Anregungen für die Entwicklung der Bachelor- und Masterstudiengänge in Deutschland, die dem Systemkontext entsprechen sollen.

Online unter [https://www.hof.uni-halle.de/web/dateien/pdf/AB\\_6\\_1999.pdf](https://www.hof.uni-halle.de/web/dateien/pdf/AB_6_1999.pdf)



Jan-Hendrik Olbertz / Peer Pasternack / Reinhard Kreckel (Hg.): **Qualität – Schlüsselfrage der Hochschulreform**, Beltz Deutscher Studien Verlag, Weinheim/Basel 2001, 341 S.

2001 jährte sich die HoF-Gründung zum fünften Male. Der Band dokumentiert die wichtigsten Arbeitsergebnisse dieses ersten Jahrfünfts. Themen sind: Qualität als Hochschulpolitik?, Rechtsformänderungen von Universitätsklinika, Hochschulreform an Fachhochschulen, Internationalisierung und Hochschulqualität, mittel- und osteuropäische Hochschulentwicklung, neue Studiengänge und Abschlüsse, Lebenslanges Lernen sowie das Informations-Dokumentations-System Hochschule. Eine resümierende Bilanz der Aufbaugeschichte des Instituts und eine in die Zukunft gerichtete Standortbestimmung der Hochschulforschung in Wittenberg rahmen die Präsentationen der Projektergebnisse.

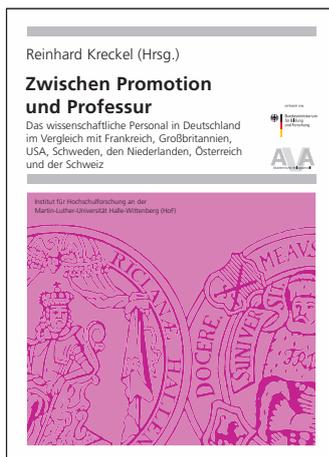
Online unter [https://www.hof.uni-halle.de/dateien/HoF\\_bilanzband.pdf](https://www.hof.uni-halle.de/dateien/HoF_bilanzband.pdf)



Reinhard Kreckel: **Vielfalt als Stärke. Anstöße zur Hochschulpolitik und Hochschulforschung**, Lemmens Verlag, Bonn 2004, 203 S.

Die Vielfalt ihrer Konturen und Traditionen ist eine besondere Stärke der deutschen Hochschulen: Sechzehn Bundesländer stehen untereinander in föderalistischer Konkurrenz, mit einem breiten Spektrum verschiedener Hochschulen. Ihr gemeinsames Markenzeichen ist die enge Verbindung von Forschung und Lehre und die große Selbstständigkeit des Studiums. In der deutschen Hochschultradition steht nicht die Elitenselektion im Vordergrund. „Spitzenleistungen bedürfen einer breiten Qualitätsplattform“, so der Autor. Seine These: Die Reform des deutschen Hochschulsystems kann gelingen, wenn historisch gewachsene Strukturen und institutionelle Selbstverständlichkeiten mobilisiert werden, statt gegen sie anzukämpfen.

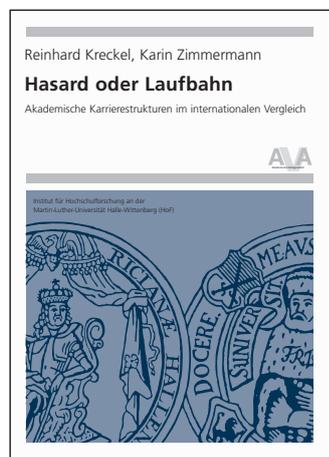
Online unter <http://www.hof.uni-halle.de/web/dateien/pdf/Vielfalt-als-Staerke.pdf>



Reinhard Kreckel (Hg.): **Zwischen Promotion und Professur. Das wissenschaftliche Personal in Deutschland im Vergleich mit Frankreich, Großbritannien, USA, Schweden, den Niederlanden, Österreich und der Schweiz**, Akademische Verlagsanstalt, Leipzig 2008, 400 S.

Steigende Studierendenzahlen, wachsende Kosten für Lehre und Forschung und die Intensivierung der internationalen Bildungs- und Wissenschaftskonkurrenz sind nicht nur ein deutsches Problem. Der Band zeigt, wie andere westliche Hochschul- und Wissenschaftssysteme auf die gleichen Herausforderungen reagieren, wie sie dabei mit ihren gewachsenen Traditionen umgehen und welche Reformen in Angriff genommen werden. Die akademischen Karrierestrukturen sind besonders veränderungsresistent. Wie die vergleichende Analyse zeigt, gibt es – bei allen Unterschieden – einen gemeinsamen Nenner für alle anderen europäischen Hochschulsysteme, der sie von Deutschland unterscheidet.

Online unter <http://www.hof.uni-halle.de/dateien/pdf/Zwischen-Promotion-und-Professur.pdf>



Reinhard Kreckel / Karin Zimmermann: **Hasard oder Laufbahn. Akademische Karrierestrukturen im internationalen Vergleich**, Akademische Verlagsanstalt, Leipzig 2014, 277 S.

Für den akademischen Arbeitsmarkt gelten zunehmend globale Wettbewerbsbedingungen. Dabei gewinnt das US-amerikanische Stufenmodell (Tenure Track) – nach der Promotion vom Assistant Professor über den Associate Professor zum Full Professor – vor allem für die westeuropäischen Konkurrenzländer immer mehr an Attraktivität. Um Inkompatibilitäten herauszuarbeiten und Vergleiche zu ermöglichen, werden die akademischen Karrierestrukturen anhand ausgewählter Länder untersucht: Deutschland, USA, Großbritannien, Frankreich, Österreich, Schweiz, Schweden, Niederlande, Ungarn. Dem schließt sich eine vergleichende Strukturanalyse mit Glossar an.

Online unter <https://www.hof.uni-halle.de/web/dateien/pdf/Hasard-oder-Laufbahn.pdf>

Siehe auch <https://www.hof.uni-halle.de/institut/mitarbeiter/reinhard-kreckel/>

Für weitere Publikationen, insbesondere zu den Forschungsthemen jenseits der Hochschulforschung, siehe <https://www.researchgate.net/profile/Reinhard-Kreckel>

# Bislang erschienene HoF-Arbeitsberichte

Online-Fassungen unter

[https://www.hof.uni-halle.de/publikationen/hof\\_arbeitsberichte.htm](https://www.hof.uni-halle.de/publikationen/hof_arbeitsberichte.htm)

- 124: Christiane Arndt / Anne Mielke: *Vielfalt und Chancengerechtigkeit: Aktivitäten von und in Fachgesellschaften*, unt. Mitarb. v. Peer Pasternack, 2024, 124 S.
- 123: Rocío Ramirez / Olivia Laska / Arne Böker: *Studienvorbereitung für internationale Studieninteressierte in Deutschland. Eine Momentaufnahme eines dynamischen Feldes*, unt. Mitarb. von Ricarda Abendroth, Sophie Korthase, Roxana Schwitalla, 2023, 82 S.
- 122: Justus Henke: *Hochschulkommunikation im Zeitalter der KI: Erste Einblicke in die Nutzung und Perspektiven generativer KI-Tools*, 2023, 53 S.
- 121: Peer Pasternack (Hg.): *Weit verbreitet und kaum erforscht: Wissenschaftliche Beiräte in der Wissenschaft*, 2022, 86 S.
- 120: Peer Pasternack: *Nicht nur Resteverwertung. Die Verwendungen der Wittenberger Universitätsfondation nach 1817*, 2022, 143 S.
- 119: Sebastian Schneider / Sylvi Mauermeister / Robert Aust / Justus Henke: *Paralleluniversen des Wissenschaftsmanagements: Ein Vergleich zwischen Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen*, 2022, 114 S.
- 118: Peer Pasternack / Andreas Beer: *Die externe Kommunikation der Wissenschaft in der bisherigen Corona-Krise (2020/2021). Eine kommentierte Rekonstruktion*, unt. Mitarb. v. Justus Henke, Sophie Korthase und Philipp Rediger, 2022, 79 S.
- 117: Cristina Raffaele / Philipp Rediger: *Die Partizipation Studierender als Kriterium der Qualitätssicherung in Studium und Lehre*, unt. Mitarb. v. Sebastian Schneider, 2021, 51 S.
- 116: Daniel Hechler / Theresa Hykel / Peer Pasternack: *Zum Stand der Disziplinentwicklung der Kindheitspädagogik. Materialband zum WiFF-Report*, 2021, 126 S.
- 115: Peer Pasternack: *Das fünfte Jahrfünft. Forschung, Wissenstransfer und Nachwuchsförderung am Institut für Hochschulforschung Halle-Wittenberg (HoF) 2016–2020*, 2021, 97 S.
- 114: Claudia Göbel / Justus Henke / Sylvi Mauermeister / Verena Plümpe: *Citizen Science jenseits von MINT. Bürgerforschung in den Geistes- und Sozialwissenschaften*, unter Mitarbeit von Nicola Gabriel, 2020, 105 S.
- 113: Sascha Alexander Blasczyk / Peer Pasternack: *Input- und Leistungsdaten der Hochschulen in den ostdeutschen Flächenländern unter besonderer Berücksichtigung der Universitäten*, 2020, 69 S.
- 112: Andreas Beer / Justus Henke / Peer Pasternack: *Kommunikation organisieren. Die koordinierende Begleitung von Forschungsförderprogrammen, verhandelt an Beispielen aus der Bildungs-, Wissenschafts- und Hochschulforschung*, unter Mitarbeit von Jennifer Jacob und Steffen Zierold, 2019, 148 S.
- 111: Peer Pasternack / Sebastian Schneider: *Kooperationsplattformen: Situation und Potenziale in der Wissenschaft Sachsen-Anhalts*, unter Mitarbeit von Carolin Seifert, 2019, 129 S.
- 110: Anke Burkhardt / Florian Harrlandt / Jens-Heinrich Schäfer: *„Wie auf einem Basar“. Berufungsverhandlungen und Gender Pay Gap bei den Leistungsbezügen an Hochschulen in Niedersachsen*, unter Mitarbeit von Judit Anacker, Aaron Philipp, Sven Preußner, Philipp Rediger, 2019, 142 S.
- 109: Justus Henke / Norman Richter / Sebastian Schneider / Susen Seidel: *Disruption oder Evolution? Systemische Rahmenbedingungen der Digitalisierung in der Hochschulbildung*, 2019, 158 S.
- 108: Uwe Grelak / Peer Pasternack: *Lebensbegleitend: Konfessionell gebundene religiöse, politische und kulturelle Allgemeinbildungsaktivitäten incl. Medienarbeit in der DDR. Dokumentation der Einrichtungen, Bildungs- und Kommunikationsformen*, 2018, 143 S.
- 107: Anke Burkhardt / Florian Harrlandt: *Dem Kulturwandel auf der Spur. Gleichstellung an Hochschulen in Sachsen. Im Auftrag des Sächsischen Staatsministeriums für Wissenschaft und Kunst*, unter Mitarbeit von Zozan Dikkat und Charlotte Hansen, 2018, 124 S.
- 106: Uwe Grelak / Peer Pasternack: *Konfessionelle Fort- und Weiterbildungen für Beruf und nebenberufliche Tätigkeiten in der DDR. Dokumentation der Einrichtungen und Bildungsformen*, 2018, 107 S.
- 105: Uwe Grelak / Peer Pasternack: *Das kirchliche Berufsbildungswesen in der DDR*, 2018, 176 S.
- 104: Uwe Grelak / Peer Pasternack: *Konfessionelles Bildungswesen in der DDR: Elementarbereich, schulische und neben-schulische Bildung*, 2017, 104 S.
- 103: Peer Pasternack / Sebastian Schneider / Peggy Trautwein / Steffen Zierold: *Ausleuchtung einer Blackbox. Die organisatorischen Kontexte der Lehrqualität an Hochschulen*, 2017, 103 S.
- 102: Anke Burkhardt / Gunter Quaißer / Barbara Schnalzer / Christoph Schubert: *Förderlandschaft und Promotionsformen. Studie im Rahmen des Bundesberichts Wissenschaftlicher Nachwuchs (BuWiN) 2017*, 2016, 103 S.
- 101: Peer Pasternack: *25 Jahre Wissenschaftspolitik in Sachsen-Anhalt: 1990–2015*, 2016, 92 S.
- 100: Justus Henke / Peer Pasternack / Sarah Schmid / Sebastian Schneider: *Third Mission Sachsen-Anhalt. Fallbeispiele OvGU Magdeburg und Hochschule Merseburg*, 2016, 92 S.
- 1\*16: Peer Pasternack: *Konsolidierte Neuaufstellung. Forschung, Wissenstransfer und Nachwuchsförderung am Institut für Hochschulforschung Halle-Wittenberg (HoF) 2011–2015*, 124 S.
- 3\*15: Peggy Trautwein: *Lehrpersonal und Lehrqualität. Personalstruktur und Weiterbildungschancen an den Hochschulen Sachsen-Anhalts*, unter Mitarbeit von Thomas Berg, Sabine Gabriel, Peer Pasternack, Annika Rathmann und Claudia Wendt, 44 S.
- 2\*15: Justus Henke / Peer Pasternack / Sarah Schmid: *Viele Stimmen, kein Kanon. Konzept und Kommunikation der Third Mission von Hochschulen*, 107 S.
- 1\*15: Peggy Trautwein: *Heterogenität als Qualitätsherausforderung für Studium und Lehre. Ergebnisse der Studierendenbefragung 2013 an den Hochschulen Sachsen-Anhalts*, unter Mitarbeit von Jens Gillessen, Christoph Schubert, Peer Pasternack und Sebastian Bonk, 116 S.
- 5\*13: Christin Fischer / Peer Pasternack / Henning Schulze / Steffen Zierold: *Soziologie an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg. Dokumentation zum Zeitraum 1945 – 1991*, 56 S.
- 4\*13: Gunter Quaißer / Anke Burkhardt: *Beschäftigungsbedingungen als Gegenstand von Hochschulsteuerung. Studie im Auftrag der Hamburger Behörde für Wissenschaft und Forschung*, 89 S.
- 3\*13: Jens Gillessen / Peer Pasternack: *Zweckfrei nützlich: Wie die Geistes- und Sozialwissenschaften regional wirksam werden. Fallstudie Sachsen-Anhalt*, 124 S.
- 2\*13: Thomas Erdmenger / Peer Pasternack: *Eingänge und Ausgänge. Die Schnittstellen der Hochschulbildung in Sachsen-Anhalt*, 99 S.
- 1\*13: Sarah Schmid / Justus Henke / Peer Pasternack: *Studieren mit und ohne Abschluss. Studienerfolg und Studienabbruch in Sachsen-Anhalt*, 77 S.
- 8\*12: Justus Henke / Peer Pasternack: *Die An-Institutslandschaft in Sachsen-Anhalt*, 36 S.
- 7\*12: Martin Winter / Annika Rathmann / Doreen Trümpler / Teresa Falkenhagen: *Entwicklungen im deutschen Studiensystem. Analysen zu Studienangebot, Studienplatzvergabe, Studienwerbung und Studienkapazität*, 177 S.
- 6\*12: Karin Zimmermann: *Bericht zur Evaluation des „Professorinnenprogramm des Bundes und der Länder“*, 53 S.

- 5'12: Romy Höhne / Peer Pasternack / Steffen Zierold: *Ein Jahrzehnt Hochschule-und-Region-Gutachten für den Aufbau Ost (2000-2010), Erträge einer Meta-Analyse*, 91 S.
- 4'12: Peer Pasternack (Hg.): *Hochschul- und Wissensgeschichte in zeithistorischer Perspektive. 15 Jahre zeitgeschichtliche Forschung am Institut für Hochschulforschung Halle-Wittenberg (HoF)*, 135 S.
- 3'12: Karsten König / Gesa Koglin / Jens Preische / Gunter Quaißer: *Transfer steuern – Eine Analyse wissenschaftspolitischer Instrumente in sechzehn Bundesländern*, 107 S.
- 2'12: Johannes Keil / Peer Pasternack / Nurdin Thielemann: *Männer und Frauen in der Frühpädagogik. Genderbezogene Bestandsaufnahme*, 50 S.
- 1'12: Steffen Zierold: *Stadtentwicklung durch geplante Kreativität? Kreativwirtschaftliche Entwicklung in ostdeutschen Stadtquartieren*, 63 S.
- 7'11: Peer Pasternack / Henning Schulze: *Wissenschaftliche Wissenschaftspolitikberatung. Fallstudie Schweizerischer Wissenschafts- und Technologierat (SWTR)*, 64 S.
- 6'11: Robert D. Reisz / Manfred Stock: *Wandel der Hochschulbildung in Deutschland und Professionalisierung*, 64 S.
- 5'11: Peer Pasternack: *HoF-Report 2006 – 2010. Forschung, Nachwuchsförderung und Wissenstransfer am Institut für Hochschulforschung Halle-Wittenberg*, 90 S.
- 4'11: Anja Franz / Monique Lathan / Robert Schuster: *Skalenhandbuch für Untersuchungen der Lehrpraxis und der Lehrbedingungen an deutschen Hochschulen. Dokumentation des Erhebungsinstrumentes*, 79 S.
- 3'11: Anja Franz / Claudia Kieslich / Robert Schuster / Doreen Trümpler: *Entwicklung der universitären Personalstruktur im Kontext der Föderalismusreform*, 81 S.
- 2'11: Johannes Keil / Peer Pasternack: *Frühpädagogisch kompetent. Kompetenzorientierung in Qualifikationsrahmen und Ausbildungsprogrammen der Frühpädagogik*, 139 S.
- 1'11: Daniel Hechler / Peer Pasternack: *Deutungskompetenz in der Selbstanwendung. Der Umgang der ostdeutschen Hochschulen mit ihrer Zeitgeschichte*, 225 S.
- 4'10: Peer Pasternack: *Wissenschaft und Politik in der DDR. Rekonstruktion und Literaturbericht*, 79 S.
- 3'10: Irene Lischka / Annika Rathmann / Robert D. Reisz: *Studierendenmobilität – ost- und westdeutsche Bundesländer. Studie im Rahmen des Projekts „Föderalismus und Hochschulen“*, 69 S.
- 2'10: Peer Pasternack / Henning Schulze: *Die frühpädagogische Ausbildungslandschaft. Strukturen, Qualifikationsrahmen und Curricula. Gutachten für die Robert Bosch Stiftung*, 76 S.
- 1'10: Martin Winter / Yvonne Anger: *Studiengänge vor und nach der Bologna-Reform. Vergleich von Studienangebot und Studiencurricula in den Fächern Chemie, Maschinenbau und Soziologie*, 310 S.
- 5'09: Robert Schuster: *Gleichstellungsarbeit an den Hochschulen Sachsens, Sachsen-Anhalts und Thüringens*, 70 S.
- 4'09: Manfred Stock unter Mitarbeit von Robert D. Reisz und Karsten König: *Politische Steuerung und Hochschulentwicklung unter föderalen Bedingungen. Stand der Forschung und theoretisch-methodologische Vorüberlegungen für eine empirische Untersuchung*, 41 S.
- 3'09: Enrique Fernández Darráz / Gero Lenhardt / Robert D. Reisz / Manfred Stock: *Private Hochschulen in Chile, Deutschland, Rumänien und den USA – Struktur und Entwicklung*, 116 S.
- 2'09: Viola Herrmann / Martin Winter: *Studienwahl Ost. Befragung von westdeutschen Studierenden an ostdeutschen Hochschulen*, 44 S.
- 1'09: Martin Winter: *Das neue Studieren. Chancen, Risiken, Nebenwirkungen der Studienstrukturreform: Zwischenbilanz zum Bologna-Prozess in Deutschland*, 91 S.
- 5'08: Karsten König / Peer Pasternack: *elementar + professionell. Die Akademisierung der elementarpädagogischen Ausbildung in Deutschland. Mit einer Fallstudie: Studiengang „Erziehung und Bildung im Kindesalter“ an der Alice Salomon Hochschule Berlin*, 159 S.
- 4'08: Peer Pasternack / Roland Bloch / Daniel Hechler / Henning Schulze: *Fachkräfte bilden und binden. Lehre und Studium im Kontakt zur beruflichen Praxis in den ostdeutschen Ländern*, 137 S.
- 3'08: Teresa Falkenhagen: *Stärken und Schwächen der Nachwuchsförderung. Meinungsbild von Promovierenden und Promovierten an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg*, 123 S.
- 2'08: Heike Kahlert / Anke Burkhardt / Ramona Myrrhe: *Gender Mainstreaming im Rahmen der Zielvereinbarungen an den Hochschulen Sachsen-Anhalts: Zwischenbilanz und Perspektiven*, 120 S.
- 1'08: Peer Pasternack / Ursula Rabe-Kleberg: *Bildungsforschung in Sachsen-Anhalt. Eine Bestandsaufnahme*, 81 S.
- 4'07: Uta Schlegel / Anke Burkhardt: *Auftrieb und Nachhaltigkeit für die wissenschaftliche Laufbahn. Akademikerinnen nach ihrer Förderung an Hochschulen in Sachsen-Anhalt*, 46 S.
- 3'07: Michael Hölscher / Peer Pasternack: *Internes Qualitätsmanagement im österreichischen Fachhochschulsektor*, 188 S.
- 2'07: Martin Winter: *PISA, Bologna, Quedlinburg – wohin treibt die Lehrerbildung? Die Debatte um die Struktur des Lehramtsstudiums und das Studienmodell Sachsen-Anhalts*, 58 S.
- 1'07: Karsten König: *Kooperation wagen. 10 Jahre Hochschulsteuerung durch vertragsförmige Vereinbarungen*, 116 S.
- 7'06: Anke Burkhardt / Karsten König / Peer Pasternack: *Fachgutachten zur Neufassung des Sächsischen Hochschulgesetzes (SächsHG) – Gesetzentwurf der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Sächsischen Landtag – unter den Aspekten der Autonomieregelung und Weiterentwicklung der partizipativen Binnenorganisation der Hochschule im Vergleich zu den Regelungen des bisherigen SächsHG*, 36 S.
- 6'06: Roland Bloch: *Wissenschaftliche Weiterbildung im neuen Studiensystem – Chancen und Anforderungen. Eine explorative Studie und Bestandsaufnahme*, 64 S.
- 5'06: Rene Krempkow / Karsten König / Lea Ellwardt: *Studienqualität und Studienerfolg an sächsischen Hochschulen. Dokumentation zum „Hochschul-TÜV“ der Sächsischen Zeitung 2006*, 79 S.
- 4'06: Andrea Scheuring / Anke Burkhardt: *Schullaufbahn und Geschlecht. Beschäftigungssituation und Karriereverlauf an allgemeinbildenden Schulen in Deutschland aus gleichstellungspolitischer Sicht*, 93 S.
- 3'06: Irene Lischka: *Entwicklung der Studierwilligkeit*, 116 S.
- 2'06: Irene Lischka: *Zur künftigen Entwicklung der Studierendenzahlen in Sachsen-Anhalt. Prognosen und Handlungsoptionen. Expertise im Auftrag der Landesrektorenkonferenz von Sachsen-Anhalt*, unt. Mitarb. v. Reinhard Kreckel, 52 S.
- 1'06: Anke Burkhardt / Reinhard Kreckel / Peer Pasternack: *HoF Wittenberg 2001 – 2005. Ergebnisreport des Instituts für Hochschulforschung an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg*, 107 S.
- 7'05: Peer Pasternack / Axel Müller: *Wittenberg als Bildungsstandort. Eine exemplarische Untersuchung zur Wissensgesellschaft in geografischen Randlagen. Gutachten zum IBA-„Stadtumbau Sachsen-Anhalt 2010“-Prozess*, 156 S.
- 6'05: Uta Schlegel / Anke Burkhardt: *Frauenkarrieren und -barrieren in der Wissenschaft. Förderprogramme an Hochschulen in Sachsen-Anhalt im gesellschaftlichen und gleichstellungspolitischen Kontext*, 156 S.
- 5'05: Jens Hüttmann / Peer Pasternack: *Studiengebühren nach dem Urteil*, 67 S.
- 4'05: Klaudia Erhardt (Hrsg.): *ids hochschule. Fachinformation für Hochschulforschung und Hochschulpraxis*, 71 S.
- 3'05: Juliana Körnert / Arne Schildberg / Manfred Stock: *Hochschulentwicklung in Europa 1950-2000. Ein Datenkompendium*, 166 S.

- 2'05: Peer Pasternack: *Wissenschaft und Hochschule in Osteuropa: Geschichte und Transformation. Bibliografische Dokumentation 1990-2005*, 132 S.
- 1b'05: Uta Schlegel / Anke Burkhardt / Peggy Trautwein: *Positionen Studierender zu Stand und Veränderung der Geschlechtergleichstellung. Sonderauswertung der Befragung an der Fachhochschule Merseburg*, 51 S.
- 1a'05: Uta Schlegel / Anke Burkhardt / Peggy Trautwein: *Positionen Studierender zu Stand und Veränderung der Geschlechtergleichstellung. Sonderauswertung der Befragung an der Hochschule Harz*, 51 S.
- 6'04: Dirk Lewin / Irene Lischka: *Passfähigkeit beim Hochschulzugang als Voraussetzung für Qualität und Effizienz von Hochschulbildung*, 106 S.
- 5'04: Peer Pasternack: *Qualitätsorientierung an Hochschulen. Verfahren und Instrumente*, 138 S.
- 4'04: Jens Hüttmann: *Die „Gelehrte DDR“ und ihre Akteure. Inhalte, Motivationen, Strategien: Die DDR als Gegenstand von Lehre und Forschung an deutschen Universitäten*. Unt. Mitarb. v. Peer Pasternack, 100 S.
- 3'04: Martin Winter: *Ausbildung zum Lehrberuf. Zur Diskussion über bestehende und neue Konzepte der Lehrerbildung für Gymnasium bzw. Sekundarstufe II*, 60 S.
- 2'04: Roland Bloch / Peer Pasternack: *Die Ost-Berliner Wissenschaft im vereinigten Berlin. Eine Transformationsfolgenanalyse*, 124 S.
- 1'04: Christine Teichmann: *Nachfrageorientierte Hochschulfinanzierung in Russland. Ein innovatives Modell zur Modernisierung der Hochschulbildung*, 40 S.
- 5'03: Hansgünter Meyer (Hg.): *Hochschulen in Deutschland: Wissenschaft in Einsamkeit und Freiheit? Kolloquium-Reden am 2. Juli 2003*, 79 S.
- 4'03: Roland Bloch / Jens Hüttmann: *Evaluation des Kompetenzzentrums „Frauen für Naturwissenschaft und Technik“ der Hochschulen Mecklenburg-Vorpommerns*, 48 S.
- 3'03: Irene Lischka: *Studierwilligkeit und die Hintergründe – neue und einzelne alte Bundesländer – Juni 2003*, 148 S.
- 2'03: Robert D. Reisz: *Public Policy for Private Higher Education in Central and Eastern Europe. Conceptual clarifications, statistical evidence, open questions*, 34 S.
- 1'03: Robert D. Reisz: *Hochschulpolitik und Hochschulentwicklung in Rumänien zwischen 1990 und 2000*, 42 S.
- 5'02: Christine Teichmann: *Forschung zur Transformation der Hochschulen in Mittel- und Osteuropa: Innen- und Außenansichten*, 42 S.
- 4'02: Hans Rainer Friedrich: *Neuere Entwicklungen und Perspektiven des Bologna-Prozesses*, 22 S.
- 3'02: Irene Lischka: *Erwartungen an den Übergang in den Beruf und hochschulische Erfahrungen. Studierende der BWL an zwei Fachhochschulen in alten/neuen Bundesländern*, 93 S.
- 2'02: Reinhard Kreckel / Dirk Lewin: *Künftige Entwicklungsmöglichkeiten des Europäischen Fernstudienzentrums Sachsen-Anhalt auf der Grundlage einer Bestandsaufnahme zur wissenschaftlichen Weiterbildung und zu Fernstudienangeboten in Sachsen-Anhalt*, 42 S.
- 1'02: Reinhard Kreckel / Peer Pasternack: *Fünf Jahre HoF Wittenberg – Institut für Hochschulforschung an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg. Ergebnisreport 1996-2001*, 79 S.
- 5'01: Peer Pasternack: *Gelehrte DDR. Die DDR als Gegenstand der Lehre an deutschen Universitäten 1990–2000*. Unt. Mitarb. v. Anne Glück, Jens Hüttmann, Dirk Lewin, Simone Schmid und Katja Schulze, 131 S.
- 4'01: Christine Teichmann: *Die Entwicklung der russischen Hochschulen zwischen Krisenmanagement und Reformen. Aktuelle Trends einer Hochschulreform unter den Bedingungen der Transformation*, 51 S.
- 3'01: Heidrun Jahn: *Duale Studiengänge an Fachhochschulen. Abschlussbericht der wissenschaftlichen Begleitung eines Modellversuchs an den Fachhochschulen Magdeburg und Merseburg*, 58 S.
- 2'01: Jan-Hendrik Olbertz / Hans-Uwe Otto (Hg.): *Qualität von Bildung. Vier Perspektiven*, 127 S.
- 1'01: Peer Pasternack: *Wissenschaft und Höhere Bildung in Wittenberg 1945 – 1994*, 45 S.
- 5'00: Irene Lischka: *Lebenslanges Lernen und Hochschulbildung. Zur Situation an ausgewählten Universitäten*, 75 S.
- 4'00: Kultusministerium des Landes Sachsen-Anhalt / HoF Wittenberg (Hg.): *Ingenieurausbildung der Zukunft unter Berücksichtigung der Länderbeziehungen zu den Staaten Mittel- und Osteuropas. Dokumentation eines Workshops am 09./10. Mai 2000 in Lutherstadt Wittenberg*, 83 S.
- 3'00: Dirk Lewin: *Studieren in Stendal. Untersuchung eines innovativen Konzepts. Zweiter Zwischenbericht*, 127 S.
- 2'00: Anke Burkhardt: *Militär- und Polizeihochschulen in der DDR. Wissenschaftliche Dokumentation*, 182 S.
- 1'00: Heidrun Jahn: *Bachelor und Master in der Erprobungsphase. Chancen, Probleme, fachspezifische Lösungen*, 65 S.
- 7'99: Bettina Alesi: *Lebenslanges Lernen und Hochschulen in Deutschland. Literaturbericht und annotierte Bibliographie (1990–1999) zur Entwicklung und aktuellen Situation*. In Kooperation mit Barbara M. Kehm und Irene Lischka, 67 S.
- 6'99: Heidrun Jahn / Reinhard Kreckel: *Bachelor- und Masterstudiengänge in Geschichte, Politikwissenschaft und Soziologie. International vergleichende Studie*, 72 S.
- 5'99: Irene Lischka: *Studierwilligkeit und Arbeitsmarkt. Ergebnisse einer Befragung von Gymnasiasten in Sachsen-Anhalt*, 104 S.
- 4'99: Heidrun Jahn: *Berufsrelevanter Qualifikationserwerb in Hochschule und Betrieb. Zweiter Zwischenbericht aus der wissenschaftlichen Begleitung dualer Studiengangsentwicklung*, 35 S.
- 3'99: Dirk Lewin: *Auswahlgespräche an der Fachhochschule Altmark. Empirische Untersuchung eines innovativen Gestaltungselements*, 61 S.
- 2'99: Peer Pasternack: *Hochschule & Wissenschaft in Osteuropa. Annotierte Bibliographie der deutsch- und englischsprachigen selbständigen Veröffentlichungen 1990-1998*, 81 S.
- 1'99: Gertraude Buck-Bechler: *Hochschule und Region. Königskinder oder Partner?*, 65 S.
- 5'98: Irene Lischka: *Entscheidung für höhere Bildung in Sachsen-Anhalt. Gutachten*, 43 S.
- 4'98: Peer Pasternack: *Effizienz, Effektivität & Legitimität. Die deutsche Hochschulreformdebatte am Ende der 90er Jahre*, 30 S.
- 3'98: Heidrun Jahn: *Zur Einführung von Bachelor- und Masterstudiengängen in Deutschland. Sachstands- und Problemanalyse*, 38 S.
- 2'98: Dirk Lewin: *Die Fachhochschule der anderen Art. Konzeptrealisierung am Standort Stendal. Zustandsanalyse*, 44 S.
- 1'98: Heidrun Jahn: *Dualität curricular umsetzen. Erster Zwischenbericht aus der wissenschaftlichen Begleitung eines Modellversuchs an den Fachhochschulen Magdeburg und Merseburg*, 40 S.
- 5'97: Anke Burkhardt: *Stellen und Personalbestand an ost-deutschen Hochschulen 1995. Datenreport*, 49 S.
- 4'97: Irene Lischka: *Verbesserung der Voraussetzungen für die Studienwahl. Situation in der Bundesrepublik Deutschland*, 15 S.
- 3'97: Gertraude Buck-Bechler: *Zur Arbeit mit Lehrberichten*, 17 S.
- 2'97: Irene Lischka: *Gymnasiasten der neuen Bundesländer. Bildungsabsichten*, 33 S.
- 1'97: Heidrun Jahn: *Duale Fachhochschulstudiengänge. Wissenschaftliche Begleitung eines Modellversuchs*, 22 S.

# die hochschule. journal für wissenschaft und bildung

Herausgegeben für das Institut für Hochschulforschung (HoF) von Peer Pasternack.  
Redaktion: Daniel Watermann

## Themenhefte 2014–2024:

Franziska Bomski (Hg.): *Inventur. Der Personalumbau in den ostdeutschen Wissenschaften nach 1989* (2024, 188 S., € 17,50)

Justus Henke / Annika Felix / Katja Knuth-Herzig (Hg.): *Vermittelnde Expertise. Schnittstellen von Management und Kommunikation im Wissenschaftssystem* (2023, 240 S., 20,-)

Peer Pasternack / Daniel Watermann (Hg.): *Studieren mit und ohne Corona* (2022, 254 S.; € 20,-)

Rocio Ramirez / Andreas Beer / Peer Pasternack: *WiHoTop – Elemente einer Topografie der deutschen Wissenschafts- und Hochschulforschung*, unt. Mitarb. v. Sophie Korthase (2021, 153 S.; € 17,50)

Annemarie Matthies / Bettina Radeiski (Hg.): *Wissenstransfer (in) der Sozialen Arbeit. Zur Produktivität wissenschaftlicher Vermittlungs- und Transfervorstellungen* (2020, 180 S.; € 17,50)

Sandra Beaufäys / Anja Franz / Svea Korff (Hg.): *Ausstieg aus der Wissenschaft* (2020, 175 S.; € 17,50)

Annett Maiwald / Annemarie Matthies / Christoph Schubert (Hg.): *Prozesse der Akademisierung. Zu Gegenständen, Wirkmechanismen und Folgen hochschulischer Bildung* (2019, 189 S.; € 17,50)

Daniel Hechler / Peer Pasternack (Hg.): *Arbeit an den Grenzen. Internes und externes Schnittstellenmanagement an Hochschulen* (2018, 279 S.; € 20,-)

Daniel Hechler / Peer Pasternack (Hg.): *Einszweivierpunktull. Digitalisierung von Hochschule als Organisationsproblem. Folge 2* (2017, 176 S.; € 17,50)

Daniel Hechler / Peer Pasternack (Hg.): *Einszweivierpunktull. Digitalisierung von Hochschule als Organisationsproblem* (2017, 193 S.; € 17,50)

Peter Tremp / Sarah Tresch (Hg.): *Akademische Freiheit. ‚Core Value‘ in Forschung, Lehre und Studium* (2016, 181 S.; € 17,50)

Cort-Denis Hachmeister / Justus Henke / Isabel Roessler / Sarah Schmid (Hg.): *Gestaltende Hochschulen. Beiträge und Entwicklungen der Third Mission* (2016, 170 S.; € 17,50)

Marion Kamphans / Sigrid Metz-Göckel / Margret Bülow-Schramm (Hg.): *Tabus und Tabuverletzungen an Hochschulen* (2015, 214 S.; € 17,50)

Daniel Hechler / Peer Pasternack (Hrsg.): *Ein Vierteljahrhundert später. Zur politischen Geschichte der DDR-Wissenschaft* (2015, 185 S.; € 17,50)

Susen Seidel / Franziska Wielepp (Hg.): *Diverses. Heterogenität an der Hochschule* (2014, 216 S.; € 17,50)

Peer Pasternack (Hg.): *Hochschulforschung von innen und seitwärts. Sichtachsen durch ein Forschungsfeld* (2014, 226 S.; € 17,50)

<http://www.die-hochschule.de> – Bestellungen unter: [institut@hof.uni-halle.de](mailto:institut@hof.uni-halle.de)

## HoF-Handreichungen. Beihefte zu „die hochschule“

Volltexte auch unter <https://www.hof.uni-halle.de/journal/handreichungen.htm>

## Handreichungen 2013–2021:

15: Peer Pasternack / Philipp Rediger / Sebastian Schneider: *Instrumente der Entbürokratisierung an Hochschulen*, Halle-Wittenberg 2021, 119 S.

14: Claudia Göbel / Justus Henke / Sylvi Mauermeister: *Kultur und Gesellschaft gemeinsam erforschen. Überblick und Handlungsoptionen zu Citizen Science in den Geistes- und Sozialwissenschaften*, unt. Mitarb. v. Susann Hippler, Nicola Gabriel und Steffen Zierold, Halle-Wittenberg 2020, 128 S.

13: Andreas Beer / Justus Henke / Peer Pasternack: *Integrieren und kommunizieren. Leitfaden und Toolboxen zur koordinativen Begleitung von Forschungsverbänden und Förderprogrammen*, Halle-Wittenberg 2020, 140 S.

12: Peer Pasternack: *Partizipation an Hochschulen. Zwischen Legitimität und Hochschulrecht*, Halle-Wittenberg 2020, 92 S.

11: Sascha Alexander Blasczyk / Peer Pasternack: *Exzellenzstrategie und die Universitäten in den ostdeutschen Flächenländern. Input- und Leistungsdaten – Schlussfolgerungen*, Halle-Wittenberg 2020, 52 S.

10: Peer Pasternack / Sebastian Schneider / Sven Preußner: *Administrationslasten. Die Zunahme organisatorischer Anforderungen an den Hochschulen: Ursachen und Auswege*, Halle-Wittenberg 2019, 146 S.

9: Justus Henke / Peer Pasternack: *Hochschulsystemfinanzierung. Wegweiser durch die Mittelströme*, Halle-Wittenberg 2017, 93 S.

8: Justus Henke / Peer Pasternack / Sarah Schmid: *Third Mission bilanzieren. Die dritte Aufgabe der Hochschulen und ihre öffentliche Kommunikation*, Halle-Wittenberg 2016, 109 S.

7: Martina Dömling / Peer Pasternack: *Studieren und bleiben. Berufseinstieg internationaler HochschulabsolventInnen in Deutschland*, Halle-Wittenberg 2015, 98 S.

6: Justus Henke / Romy Höhne / Peer Pasternack / Sebastian Schneider: *Mission possible. Gesellschaftliche Verantwortung ostdeutscher Hochschulen: Entwicklungschance im demografischen Wandel*, Halle-Wittenberg 2014, 118 S.

5: Jens Gillessen / Isabell Maue (Hg.): *Knowledge Europe. EU-Strukturfondsfinanzierung für wissenschaftliche Einrichtungen*, unt. Mitarb. v. Peer Pasternack und Bernhard von Wendland, Halle-Wittenberg 2014, 127 S.

4: Peer Pasternack / Steffen Zierold: *Überregional basierte Regionalität. Hochschulbeiträge zur Entwicklung demografisch herausgeforderter Regionen. Kommentierte Thesen*, unt. Mitarb. v. Thomas Erdmenger, Jens Gillessen, Daniel Hechler, Justus Henke und Romy Höhne, Halle-Wittenberg 2014, 120 S.

3: Peer Pasternack / Johannes Keil: *Vom ‚mütterlichen‘ Beruf zur differenzierten Professionalisierung. Ausbildungen für die frühkindliche Pädagogik*, Halle-Wittenberg 2013, 107 S.

Bestellungen unter: [institut@hof.uni-halle.de](mailto:institut@hof.uni-halle.de)

## Schriftenreihe „Hochschul- und Wissenschaftsforschung Halle-Wittenberg“ 2016–2023

Andreas Beer / Daniel Hechler / Peer Pasternack / Rocío Ramirez: *Der Wissenschaftliche Beirat. Das letzte bislang unaufgeklärte Qualitätsinstrument in der Wissenschaft*, BWV – Berliner Wissenschafts-Verlag, Berlin 2023, 227 S.

Uwe Grelak / Peer Pasternack: *150.000 Seiten konfessionelles Bildungswesen in der DDR. Bibliografische Dokumentation der seit 1990 publizierten Literatur*, BWV – Berliner Wissenschafts-Verlag, Berlin 2022, 327 S.

Sylvi Mauermeister: *Eingeschrieben und Geblieben? Herkunftsgruppenspezifische Bedingungen des Studienverbleibs nach der Studieneingangsphase an Universitäten*, BWV – Berliner Wissenschafts-Verlag, Berlin 2022, 390 S.

Peer Pasternack: *MINT und Med. in der DDR. Die DDR-Natur-, Ingenieur- und medizinischen Wissenschaften im Spiegel ihrer dreißigjährigen Aufarbeitung und Erforschung seit 1990*, unt. Mitarb. v. Daniel Hechler, BWV – Berliner Wissenschafts-Verlag, Berlin 2021, 678 S.

Justus Henke: *Third Mission als Organisationsherausforderung. Neuausrichtung der Machtstrukturen in der Hochschule durch Professionalisierungstendenzen im Wissenschaftsmanagement*, BWV – Berliner Wissenschafts-Verlag, Berlin 2019, 296 S.

Peer Pasternack: *Fünf Jahrzehnte, vier Institute, zwei Systeme. Das Zentralinstitut für Hochschulbildung Berlin (ZHB) und seine Kontexte 1964–2014*, BWV – Berliner Wissenschafts-Verlag, Berlin 2019, 497 S.

Rui Wu: *Zur Promotion ins Ausland. Erwerb von implizitem Wissen in der Doktorandenausbildung. Am Beispiel der wissenschaftlichen Qualifikationsprozesse chinesischer Doktoranden in Deutschland*, BWV – Berliner Wissenschafts-Verlag, Berlin 2019, 383 S.

Daniel Hechler / Peer Pasternack / Steffen Zierold: *Wissenschancen der Nichtmetropolen. Wissenschaft und Stadtentwicklung in mittelgroßen Städten*, unt. Mitw. v. Uwe Grelak und Justus Henke, BWV – Berliner Wissenschafts-Verlag, Berlin 2018, 359 S.

Peer Pasternack / Sebastian Schneider / Peggy Trautwein / Steffen Zierold: *Die verwaltete Hochschulwelt. Reformen, Organisation, Digitalisierung und das wissenschaftliche Personal*, BWV – Berliner Wissenschafts-Verlag, Berlin 2018, 361 S.

Daniel Hechler / Peer Pasternack: *Hochschulen und Stadtentwicklung in Sachsen-Anhalt*, unt. Mitw. v. Jens Gillissen, Uwe Grelak, Justus Henke, Sebastian Schneider, Peggy Trautwein und Steffen Zierold, BWV – Berliner Wissenschafts-Verlag, Berlin 2018, 347 S.

Justus Henke / Peer Pasternack / Sarah Schmid: *Mission, die dritte. Die Vielfalt jenseits hochschulischer Forschung und Lehre: Konzept und Kommunikation der Third Mission*, BWV – Berliner Wissenschafts-Verlag, Berlin 2017, 274 S.

Peer Pasternack (Hg.): *Kurz vor der Gegenwart. 20 Jahre zeitgeschichtliche Aktivitäten am Institut für Hochschulforschung Halle-Wittenberg (HoF) 1996–2016*, BWV – Berliner Wissenschafts-Verlag, Berlin 2017, 291 S.

Uwe Grelak / Peer Pasternack: *Theologie im Sozialismus. Konfessionell gebundene Institutionen akademischer Bildung und Forschung in der DDR. Eine Gesamtübersicht*, BWV – Berliner Wissenschafts-Verlag, Berlin 2016, 341 S.

Peer Pasternack: *20 Jahre HoF. Das Institut für Hochschulforschung Halle-Wittenberg 1996–2016: Vorgeschichte – Entwicklung – Resultate*, BWV – Berliner Wissenschafts-Verlag, Berlin 2016, 273 S.

## Weitere Veröffentlichungen aus dem Institut für Hochschulforschung (HoF) 2021–2024

Peer Pasternack: *Von Campus- bis Industrieliteratur. Eine literarische DDR-Wissenschaftsgeschichte*, Tectum-Verlag, Baden-Baden 2024, 640 S.

Peer Pasternack: *Lose gekoppelt. Die Universität Halle-Wittenberg und die Stadt Wittenberg seit 1817: eine Beziehungsgeschichte*, unt. Mitarb. v. Daniel Watermann, Mitteldeutscher Verlag, Halle (Saale) 2024, 332 S.

Marianne Merkt / Peer Pasternack / Philipp Pohlenz (Hg.): *Verbünde deutscher Hochschulen zur Lehrentwicklung. Analyse der Rahmenbedingungen und Gelingensfaktoren*, Verlag Dr. Kovač, Hamburg 2024, 183 + XXXVIII S.

Robert Aust / Sebastian Schneider / Justus Henke / Alexander Hönsch: *Auf der Hinterbühne des Erfolgs. Wirksame Kriterien für Entbürokratisierung im hochschulischen Transfer*, WiKET-Lessons-Learned-Paper Nr. 1, Institut für Hochschulforschung (HoF), Halle-Wittenberg 2023, 18 S.

Peer Pasternack: *Die Spuren der LEUCOREA (1502–1817). Ein universitätshistorischer Stadtrundgang durch das heutige Wittenberg*, Drei Kastanien Verlag, Lutherstadt Wittenberg 2023, 92 S.

Christiane Arndt / Anne Mielke: *Stand und Perspektiven der Implementierung von Hochschuldidaktik in der Governance der öffentlichen Universitäten in Österreich*, Projektbericht,

unt. Mitarb. von Peer Pasternack, Österreichisches Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Forschung/ Institut für Hochschulforschung (HoF), Wien/Halle-Wittenberg 2023, 145 S.

Pasternack, Peer (Hg.): *Wissenschaftskommunikation, neu sortiert*, Springer Fachmedien Wiesbaden, Wiesbaden 2022, 378 S.

Peer Pasternack: *Das Sachsen-Anhalt-Wissen aus Wittenberg. Die HoF-Beiträge des letzten Jahrzehnts (2013–2022)*, Institut für Hochschulforschung (HoF), Halle-Wittenberg 2022, 206 S.

Uwe Grelak / Peer Pasternack: *Toleriert und kontrolliert. Konfessionelles Bildungswesen auf dem Gebiet Sachsen-Anhalts 1945–1989*, Mitteldeutscher Verlag, Halle (Saale) 2021, 364 S.

Daniel Hechler / Theresa Hykel / Peer Pasternack: *Disziplinentwicklung der Kindheitspädagogik. Eine empirische Bestandsaufnahme anderthalb Jahrzehnte nach Einrichtung der neuen Studiengänge*, Deutsches Jugendinstitut (DJI), München 2021, 100 S.

Karsten König: *Macht und Verständigung in der externen Hochschulsteuerung. Verhandlungsmodi in Zielvereinbarungen zwischen Staat und Hochschule*, Universitätsverlag Webler, Bielefeld 2021, 209 S.